

**Dr. Franz Unterasinger
Rechtsanwalt**

Radetzkystraße 8, 8010 Graz

Tel.: 0316/ 81 01 41

Fax: 0316/ 81 01 42

E-Mail: unterasinger@unterasinger.at

Einschreiben

Amt der Steiermärkische Landesregierung
Abteilung 13
Umwelt und Raumordnung
Stempfergasse 7
8010 Graz

GZ: Abt13-2326/2026

Graz, 05. 06. 2026
PrinzReuss/1
U/KS / 3AS1

Einschreiter:

Heinrich XII. Prinz Reuss
Gaisgraben 15, 8774 Mautern in Steiermark

vertreten durch:

Dr. Franz Unterasinger
Rechtsanwalt
Radetzkystraße 8
8010 Graz
Code R601348

Vollmacht erteilt
Kostenvpfandrecht gem. §19a
RAO wird hiermit geltend gemacht.

wegen:

Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie

Einwendungen und Antrag

1 GS

Kanzleikonto:

Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG
IBAN: AT69 3800 0000 0210 1871, BIC: RZSTAT2G

Anderkonto:

Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG
IBAN: AT45 3800 0000 0447 2304, BIC: RZSTAT2G

In außen bezeichneter Verwaltungssache erstattet der Einschreiter durch seinen Vertreter gegen zum Entwurf der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung für das Entwicklungsprogramm im Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026 innerhalb offener Frist folgende nachstehende

Einwendungen

und stellt nachstehenden

Antrag

Der Einschreiter ist hinsichtlich der Forststiftung Heinrich XII. Prinz Reuss bei der

- EZ 10, KG 60330 Liesingau, BG Leoben (Grundstücke .57/1, .57/2, .84, 241, 248/2, 250/10, 252/5, 263/1, 263/2, 327/1, 328, 329/1, 329/2, 329/3, 329/4)
- EZ 93, KG 60347 Rannach, BG Leoben (Grundstücke 39/2, 47/2, 57, .61, .65, 66, 115, 119/3, 145/2, 146, 597)
- EZ 45, KG 60347 Rannach, BG Leoben (Grundstücke 24/3, 39/1, 40/1, 43/1, .67, .68)

Fruchtgenussberechtigter.

I. Antrag

Es wird der Antrag gestellt, den Verordnungsentwurf dahingehend abzuändern, dass die Ausschlusszone im Bereich der Niederen Tauern um 1 km entlang der Grenze des Europaschutzgebietes 38 nördlich des Bremsteins in der Gemeinde Mautern in der Steiermark erweitert wird.

Dieses Begehren entspricht der im Gutachten Kranz & Kranz 2026¹ ausdrücklich gezogenen planungsrechtlichen Schlussfolgerung und stützt sich auf eine ergänzende Fachexpertise²

¹ Kranz A. & Kranz J. 2026: Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten im Auftrag betroffener Grundeigentümer zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“ des *Verordnungsentwurfes der Steiermärkischen Landesregierung für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026*; 50 Seiten.

² Kranz A 2026: Naturschutzfachliche Stellungnahme zur Ausschlusszone nördlich des Bremsteins in der Gemeinde Mautern in der Steiermark vom 2. Juni 2026.

zum Standort nördlich des Bremsteins.

II. Begründung

1. Maßstab der strategischen Planung

Das Ziel des gegenständlichen Sachprogramms ist die raumverträgliche Steuerung des Windenergieausbaus und die Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonierung. Eben daraus folgt, dass konfliktträchtige Räume nicht erst im nachgelagerten Projekteinzelfall behandelt, sondern bereits auf der Ebene der strategischen Standortsteuerung als Ausschlussräume erfasst werden müssen.

Das Gutachten Kranz & Kranz (2026) hält ausdrücklich fest, dass Konfliktvermeidung bereits auf Ebene der strategischen Raumplanung erfolgen muss und spätere Minderungsmaßnahmen oder UVP-Verfahren die vorgelagerte Standortentscheidung nicht ersetzen können.

Die beantragte Erweiterung der Ausschlusszone ist daher keine politische Zusatzforderung, sondern die folgerichtige Konsequenz aus der eigenen Steuerungslogik des Verordnungsentwurfs.

Das Gutachten führt aus, dass gerade jene Standorte auszuscheiden sind, bei denen Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, terrestrische Korridore und das Vorkommen besonderer Arten auf ein hohes Konfliktpotenzial hindeuten.

2. Großräumige Konfliktlage statt punktueller Einzelfläche

Das Gutachten Kranz & Kranz 2026 beschreibt keine isolierte lokale Konfliktsituation, sondern einen funktional zusammenhängenden ökologischen Großraum. Die geplante Zone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area (IBA) und zugleich innerhalb einer Key Biodiversity Area (KBA); für die KBA „Niedere Tauern“ wird im Gutachten sogar eine globale Bedeutung hervorgehoben.

Bereits diese Befundlage erfordert eine flächenbezogene Erweiterung der Ausschlussbetrachtung. Wer eine großräumige ökologische Konfliktlage erkennt, darf die planerische Antwort nicht auf eine kleinteilige oder schematische Grenzziehung verengen. Das Gutachten kommt gerade deshalb zur Empfehlung, die Ausschlusszone nicht bloß punktuell zu erweitern, sondern zumindest um einen 1-km-Puffer rund um das Europaschutzgebiet 38.

3. Betroffenheit konkreter Schutzgüter des Europaschutzgebietes 38

Das Gutachten Kranz & Kranz 2026 und die naturschutzfachliche Stellungnahme zum Gebiet nördlich des Bremsteins dokumentieren das Vorkommen zahlreicher Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie als Brutvögel, die im gegenständlichen Europaschutzgebiet Nr. 38 ausdrücklich als Schutzgut genannt sind.

Das Erweiterungsgebiet der Ausschlusszone nördlich des Bremsteins hat für die genannten Arten Brut-, Aufzucht-, Vernetzungs- und Durchzugsfunktionen. Weiters ist davon auszugehen, dass das Gebiet auch von diversen Zugvögeln genutzt wird, die ebenfalls explizit als Schutzgüter des ESG 38 genannt sind.

4. Planungsrechtliche Folgerung aus dem Gutachten

Das Gutachten Kranz & Kranz (2026) kommt in seiner integrativen Beurteilung zu dem Ergebnis, dass die Konfliktrichtigkeit des Raumes aus mehreren, jeweils selbstständig tragfähigen Aspekten besteht.

Gerade weil diese Konfliktlage multifaktoriell und räumlich vernetzt ist, wäre es rechtsmethodisch nicht vertretbar, die planerische Konsequenz auf ein minimalinvasives oder bloß symbolisches Ausschlussregime zu beschränken.

Das Gutachten formuliert daher zutreffend, dass das Instrument „Zonierung zur Konfliktvermeidung“ seinen Zweck verfehlt, wenn es gerade an diesem Standort nicht Konflikte vermeidet, sondern in einen bereits identifizierten Konfliktraum hineinlenkt.

5. Erforderlichkeit einer klaren verordnungsrechtlichen Lösung

Der vorliegende Begutachtungsfall verlangt daher eine klare und verordnungsrechtlich eindeutige Lösung. Wenn das Land nach dem eigenen Regelungsanspruch negative Umweltauswirkungen durch Zonierung vermeiden will, dann ist der nach dem Gutachten dokumentierte Raum nicht bloß „mit Vorsicht“ zu behandeln, sondern als Ausschlussraum normativ abzusichern. Das Gutachten empfiehlt hierfür eine klare, konkret abgrenzbare Lösung.

Diese Lösung ist gegenüber einer bloß punktuellen Nachschärfung auch deshalb vorzugswürdig, weil sie dem im Gutachten beschriebenen funktionalen, großräumigen und kumulativen Konfliktcharakter entspricht.

III. Zusammenfassung

Zusammenfassend ergibt sich aus dem vorliegenden Gutachten mit hinreichender Deutlichkeit, dass im Bereich der östlichen Niederen Tauern keine kleinräumige Einzelkonfliktlage, sondern ein fachlich verdichteter und funktional zusammenhängender Konfliktraum vorliegt. Das Gutachten empfiehlt vor diesem Hintergrund ausdrücklich die Erweiterung der Ausschlusszone.

Die Behörde sollte daher den Verordnungsentwurf in diesem Punkt überarbeiten und die Ausschlusszonierung entsprechend anpassen. Dadurch wird dem Anspruch des Verordnungsentwurfs, negative Umweltauswirkungen durch vorausschauende räumliche Steuerung zu vermeiden, methodisch und sachlich entsprochen.

IV. Antrag

Aus den angeführten Gründen wird daher der

Antrag

gestellt, den Verordnungsentwurf dahingehend abzuändern, dass die Ausschlusszone um einen 1-km-Puffer nördlich des Bremsteins am Nordrand des bestehenden Europaschutzgebietes 38 (SPA „Niedere Tauern“) erweitert wird.

Nachstehende Urkunden werden vorgelegt:

Beilage 1: Gutachten Kranz & Kranz 2026

Beilage 2: Naturschutzfachliche Stellungnahme Kranz 02.06.2026

Graz, am 05. 06. 2026

Heinrich XII. Prinz Reuss

Heinrich Prinz Reuß XII
Gaisgraben 15
8774 Mautern



alka-kranz
Ingenieurbüro für
Wildökologie und Naturschutz e. U.
DI Dr. Andreas Kranz
Am Waldgrund 25, 8044 Graz

Graz, am 2. Juni 2026

Naturschutzfachliche Stellungnahme

betreffend der Ausschlusszone gemäß
Verordnungsentwurf der Steiermärkischen Landesregierung
für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026
für den Bereich nördlich der Bremsteins
in der Gemeinde Mautern / STMK

Ausgangslage

Der gegenständliche Verordnungsentwurf sieht im Bereich des Bremsteins eine Ausschlusszone für Windkraftanlagen vor, die sich mit den Grenzen des Europaschutzgebietes 38 (Niedere Tauern) deckt (Abbildung 1).

Im Gutachten Kranz & Kranz (2026) wird vorgeschlagen, die Ausschlusszone um dieses verordnete Vogelschutzgebiet mit einem 1 km breiten Puffer zu erweitern, um die Ziele des Schutzgebietes effektiv abzusichern.

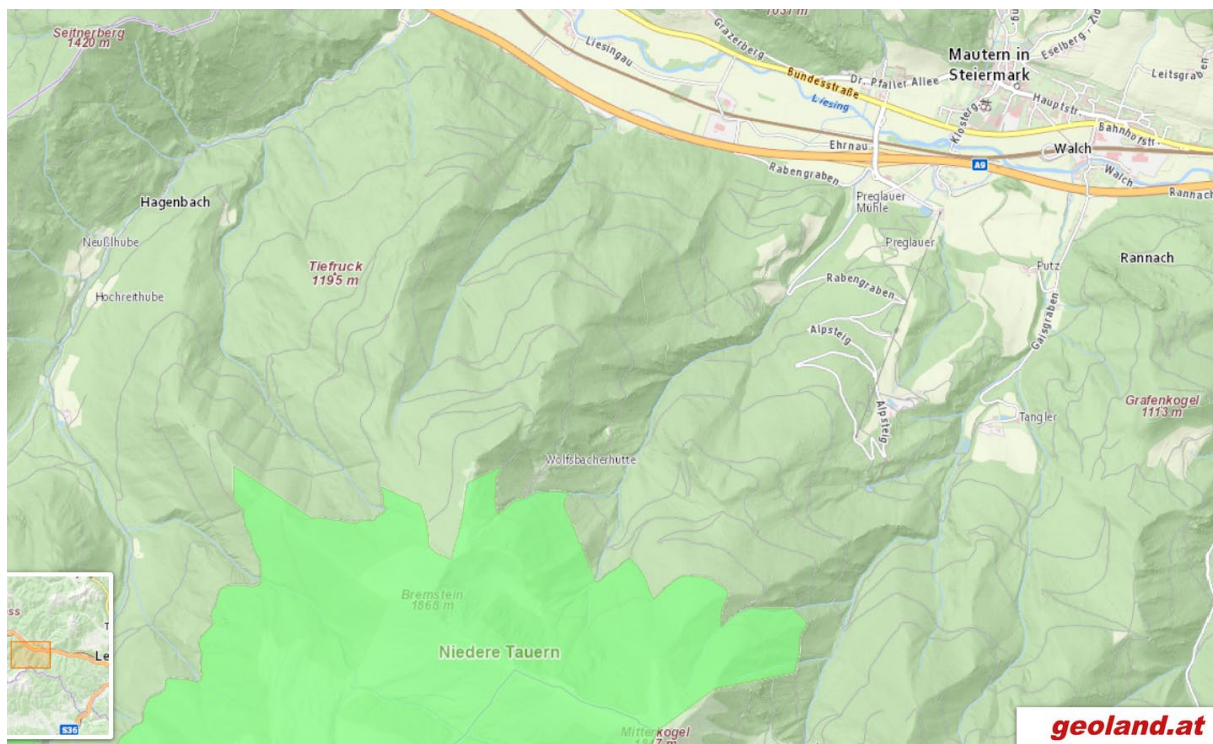


Abbildung 1: Lage des Europaschutzgebietes 38 (Niedere Tauern) im Bereich des Bremsteins in der Gemeinde Mautern

Wertigkeit des Gebietes nördlich des Bremsteins

Im Zuge wiederholter Lokalausgänge wurde das Gebiet nördlich des Bremsteins im April und Mai 2026 vom Wildökologen Kranz begutachtet. Die an das Europaschutzgebiet angrenzenden Bereiche nördlich des Bremsteins, insbesondere im Bereich der Frauenköpfe (auf Karten auch als Fronspitz bezeichnet), weisen sehr hochwertige Lebensräume auf. Besonders bemerkenswert sind die Vorkommen von Schutzgütern des Vogelschutzgebietes 38, namentlich die Arten: Auerhuhn, Birkhuhn, Haselhuhn, Schwarzspecht, Grauspecht, Dreizehenspecht, Sperlingskauz, Raufußkauz, Steinadler, Wanderfalke und Uhu.



Abbildung 2: Ungeschützter hochwertiger Lebensraum für Schutzgütern des benachbarten Europaschutzgebietes 38 im Bereich nördlich des Bremsteins.

Maßnahmenvorschlag

Es wird daher angeregt, jedenfalls diesen hier konkret beschriebenen Teil durch eine Ausweitung der Ausschlusszone auf einer Tiefe von 1 km zu sichern, um allfälligen naturschutzfachlichen Konflikten in Zukunft vorzubeugen.



DI Dr. Andreas Kranz

Kranz A. & Kranz J. 2026: Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten im Auftrag betroffener Grundeigentümer zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“ des Verordnungsentwurfes der Steiermärkischen Landesregierung für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026; 50 Seiten.

Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten

im Auftrag betroffener Grundeigentümer
zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“
des Verordnungsentwurfes
der Steiermärkischen Landesregierung
für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026



DI Dr. Andreas Kranz & Jitka Kranz MSc LL.M
Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz

alka-kranz e. U.

Graz, im Juni 2026

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	4
Hintergrund	5
Definition und Erläuterung zur Eignungszone	5
Konkrete Planungen von Windkraftanlagen.....	6
Befund.....	8
IBA – Important Bird Area	8
EuGH C-3/96, 1998.....	9
EuGH C-166/97, 1999	9
EuGH C-374/98, 2000	11
EuGH C-388/05, 2007	12
EuGH C-141/14, 2016	13
EuGH C-66/23, 2024.....	14
KBA – Key Biodiversity Area	15
Naturschutzgebiete in funktionaler Nähe der Eignungszone	16
Vogelschutzgebiet (SPA).....	16
FFH-Gebiet (SCI)	18
Naturschutzgebiet XXI	18
Überregional bedeutsame Zugvogelroute 2019	23
Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere	24
Dienstanweisung des Verkehrsministeriums	24
Waldentwicklungsplan.....	25
Habitats und Biodiversität in der Eignungszone	25
Modellierung der Lebensraumeignung (BOKU).....	25
Lokalausweise 2026	27
Naturerfahrung durch sanften Tourismus.....	32
Vermeidung negativer Auswirkungen von WKAs im Betrieb.....	32
Verhandlungen über die Koexistenz.....	34
Gutachten	36
Koexistenz und Konflikt	36
Vermeidung negativer Auswirkungen	36

Wertschätzung unberührter Natur durch Erholungsuchende.....	37
Habitate und Biodiversität in der Eignungszone	38
Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere	38
Überregional bedeutsame Zugvogelroute	39
Gefährdung der Ziele des Naturschutzgebietes XXI.....	39
Key Biodiversity Area	40
IBA und SPA.....	40
EuGH, C-3/96, 1998.....	40
EuGH, C-166/97, 1999	41
EuGH, C-374/98, 2000.....	42
EuGH, C-388/05, 2007	42
EuGH, C-141/14, 2016	43
EuGH C-66/23, 2024.....	43
Integrative Beurteilung der Teilaspekte und Schlussfolgerungen.....	44
Zusammenfassung.....	46
Policy Brief.....	49

Auftragnehmer:

Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz e. U.
Am Waldgrund 25, 8044 Graz, Österreich
andreas.kranz@alka-kranz.eu
0664 2522017

Zitiervorschlag:

Kranz A. & Kranz J. 2026: Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten im Auftrag betroffener Grundeigentümer zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“ des Verordnungsentwurfes der Steiermärkischen Landesregierung für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026; 50 Seiten.

Executive Summary

Der Anspruch des Sachprogramms lautet, den Ausbau der Windenergie raumverträglich zu steuern und negative Umweltauswirkungen durch eine Zonierung zu vermeiden. Unter genau dieser Zielvorgabe ist die Eignungszone Steineck-Kammern kein geeigneter Positivstandort, sondern ein Standort mit hohem Ausschlussbedarf.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Eignungszone Steineck-Kammern aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht ungeeignet ist, da sie in einem „Important Bird Area“ (IBA) liegt, sich in der Nähe von Schutzgebieten befindet, für sensible Vogelarten von Bedeutung ist sowie als Zug- und Vernetzungskorridor fungiert. Damit wird das Gebiet zu einem faktischen Vogelschutzgebiet und ist wie ein unionsrechtliches Vogelschutzgebiet (SPA) zu behandeln.

Konfliktvermeidung muss bereits auf Ebene der strategischen Raumplanung erfolgen, und spätere Minderungsmaßnahmen oder UVP-Verfahren können die Standortentscheidung nicht ersetzen.

Daher empfiehlt das Gutachten, die Eignungszone zu streichen und die Ausschlusszonen im Bereich der Niederen Tauern auszuweiten.

Hintergrund

Das Land Steiermark hat am 13. April 2026 einen Entwurf einer Verordnung für das Entwicklungsprogramm im Sachbereich Windenergie veröffentlicht, mit der Möglichkeit, bis zum 8. Juni 2026 eine Stellungnahme abzugeben.

Der Verordnungsentwurf definiert in den Erläuterungen zwei Ziele: a) Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und b) Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonen. Daraus abgeleitet werden drei Maßnahmen: 1) Festlegung von zusätzlichen 7 Vorrang- und 5 Eignungszonen sowie Erweiterungen bestehender Vorrang- bzw. Eignungszonen; 2) Evaluierung und Aktualisierung der Ausschlusszonen; 3) Festlegung allgemeiner und standortspezifischer Minderungsmaßnahmen.

Diese Verordnung sieht unter anderem die Eignungszone „Steineck-Kammern“ für Windkraftanlagen in den östlichen Ausläufern der Niederen Tauern vor. Das gegenständliche Gutachten bewertet die naturschutzfachliche Bedeutung des Gebiets vor Ort, im regionalen und überregionalen Kontext sowie vor dem Hintergrund der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen und Erkenntnisse und beurteilt den Planungsprozess im Hinblick auf die Konfliktvermeidung im Naturschutz (IUCN HWCC-Richtlinie <https://www.hwctf.org/>). Darauf aufbauend werden Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf formuliert.

Definition und Erläuterung zur Eignungszone

Der Verordnungsentwurf definiert Eignungszonen in § 3a (3) wie folgt:

„Eignungszonen sind Standorte, an denen ein regionales öffentliches Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen besteht. In diesen Zonen ist eine Widmungsfestlegung auf der Ebene der örtlichen Raumplanung als Grundlage für ein Projektgenehmigungsverfahren erforderlich.“

In den Erläuterungen zum Verordnungsentwurf wird zu den Eignungszonen wie folgt ausgeführt:

„Eignungszonen dokumentieren ein regionales öffentliches Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen am Standort (Standortsicherung). Für die Errichtung von Windenergieanlagen in Eignungszonen sind die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen in den örtlichen Raumordnungsinstrumenten der jeweiligen Standortgemeinden zu treffen (Festlegungen im örtlichen Entwicklungskonzept und im Flächenwidmungsplan).“

Konkrete Planungen von Windkraftanlagen

Die Gemeinde Kammern im Liesingtal informiert auf ihrer Homepage¹ über konkrete Pläne von Energieproduzenten. Demnach gibt es seit 2025 Gespräche mit Projektwerbern, die 2026 intensiviert wurden, und die Kompensationszahlungen an die Gemeinde sowie die begünstigten Strompreise für die Bewohner der Gemeinde im Falle einer Realisierung des Projekts dokumentieren.

Nachfolgende naturschutzfachlich relevante Unterlagen hat die Projektwerberin Verbund AG der Gemeinde Kammern im März 2026 als Projektinformation zur Verfügung gestellt: a) Lage der geplanten Windkraftanlagen (Abbildung 1), b) laufende Erhebungen (Abbildung 2) und c) Zuwegvarianten (Abbildung 3). Im März wurde das Gebiet seitens der Projektwerberin Verbund AG noch als Vorrangzone vorgestellt und zumindest der südlichste Anlagenstandort befand sich im Naturschutzgebiet XXI des Landes STMK. Der in Abbildung 1 dargestellte Zonierungsvorschlag ist demnach nicht mehr aktuell und entspricht nicht dem im Verordnungsentwurf vorgesehenen.

Projektgebiet

- Zonierungsvorschlag Sapro Steiermark
- Gemeinden
 - Gemeinde Kammern im Liesingtal
 - Gemeinde St. Stefan ob Leoben
 - Gemeinde St. Michael in der Obersteiermark
- Projektgröße
 - Anlagen: 8 – 14 Stück
 - Gesamtleistung: bis zu 84 MW
- Anlagentyp
 - Rotordurchmesser: 150 - 163 m
 - Nabenhöhe: Planung derzeit 125-148 m (Max. m)
 - Gesamthöhe: ca. 223 m
 - Leistung: ca. 6 MW pro Anlage

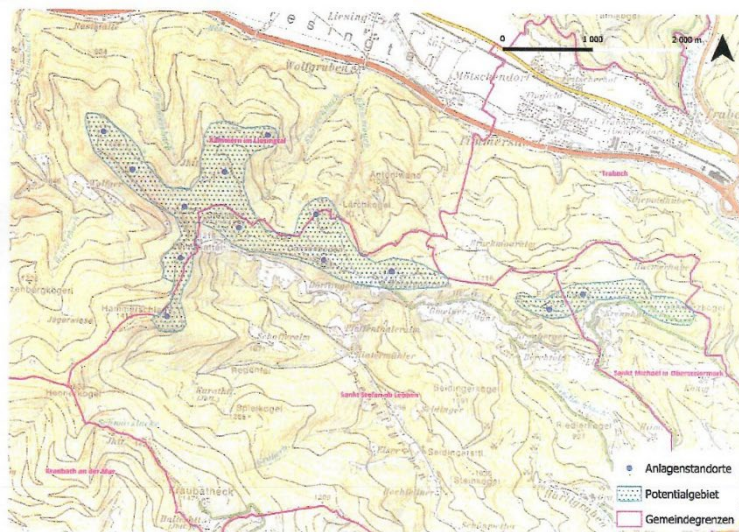


Abbildung 1: Projektgebiet, wie es die Projektwerberin Verbund AG der Gemeinde Kammern im März 2026 präsentiert hat; damals noch als Vorrangzone.

¹ https://www.kammern-liesingtal.gv.at/Information_zur_moeglichen_Errichtung_von_Windraedern, abgerufen am 19.05.2026

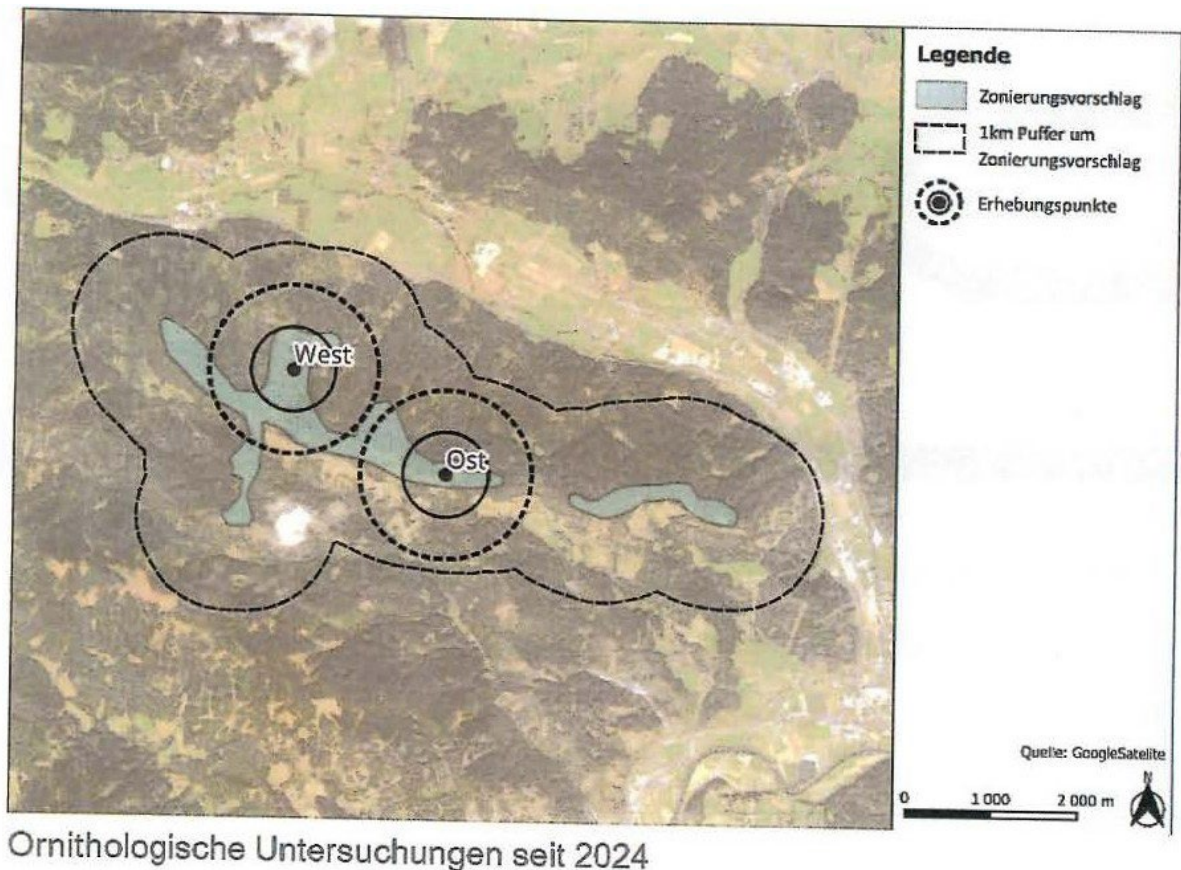


Abbildung 2: Lage der Erhebungspunkte für ornithologische Vorerhebungen der Projektwerberin seit 2024

Zuwegungsvarianten

- Zuwegungsvarianten
 - Variante 1: Zufahrt über Kammern i. L. / Abfahrt A9
 - Variante 2: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Zmöllach
 - Variante 3: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Preßnitzgraben
- Zuwegung hauptsächlich über Autobahn, Bundes-/Landesstraße und bestehendes Forstwegenetz
- Variante 1 und 2 bereits durch Transportunternehmen geprüft
- Ab Umladeplatz muss mit Bladelifter/SPMT transportiert werden

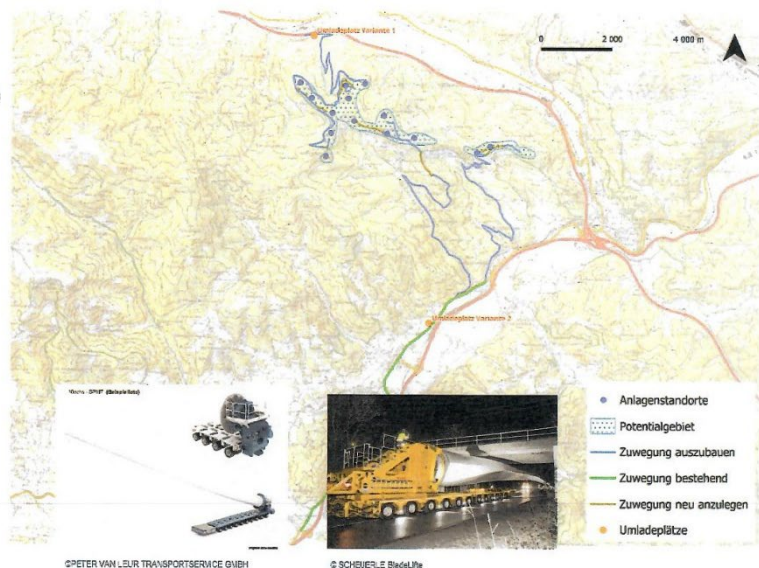


Abbildung 3: Zuwegvarianten

Befund

IBA – Important Bird Area

Die Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area² (Abbildung 4). IBAs haben sich zu einem wichtigen Werkzeug der fachlichen Naturschutzarbeit entwickelt. In Europa entstanden und erstmals erprobt, werden IBAs heutzutage weltweit, einschließlich der Weltmeere, ausgewiesen. Sie bilden überall eine wesentliche Grundlage für die Identifizierung potenzieller Schutzgebiete zur Sicherung von Beständen gefährdeter und nur lokal verbreiteter Vogelarten sowie ihrer Lebensräume.³ In Österreich gibt es Stand 2009 56 IBAs. Davon sind 12% als global, 54% als regional und 34% als subregional von Bedeutung eingestuft. Das IBA „Niedere Tauern“ ist als von regionaler Bedeutung eingestuft. In der Steiermark sind sechs IBAs ausgewiesen. Der Verordnungsentwurf sieht einzig in dem IBA der Niederen Tauern eine Eignungszone vor.

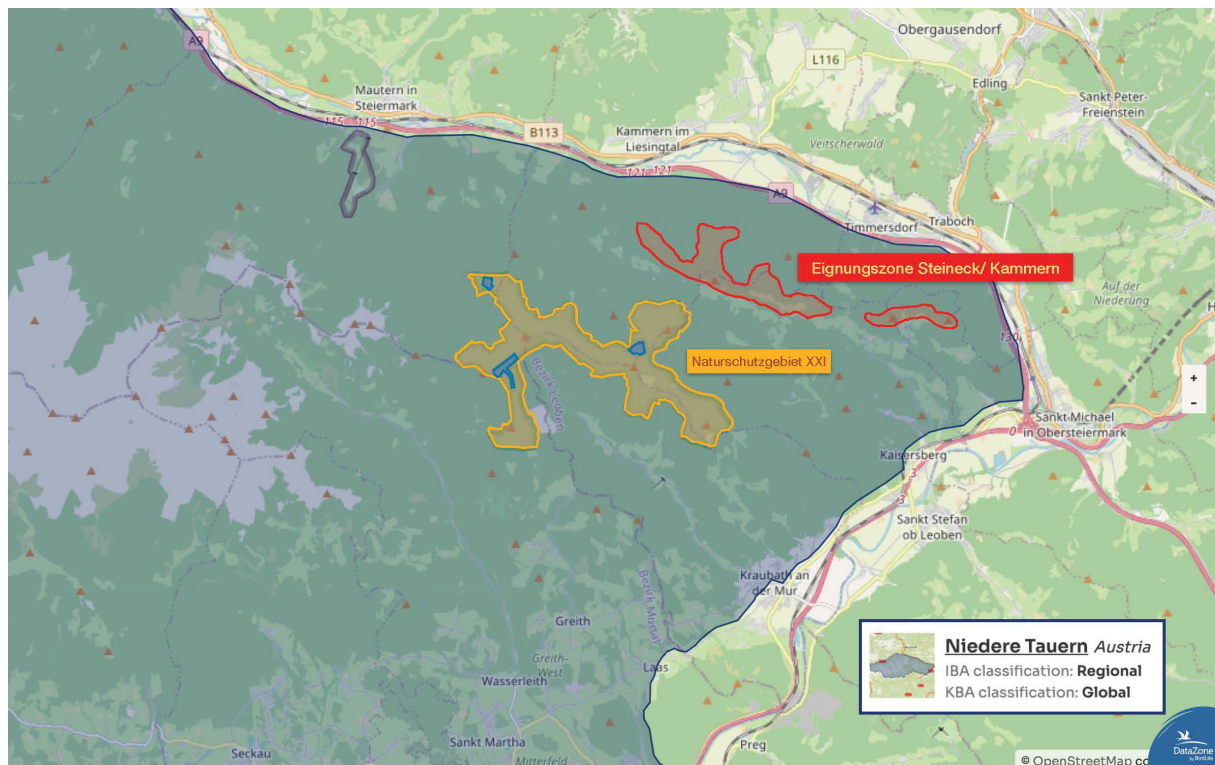


Abbildung 4: Die Lage des IBA und KBA Niedere Tauern dunkel hinterlegt, rot die designierte Eignungszone Steineck-Kammern und orange die Lage des Naturschutzgebietes XXI des Landes STMK mit seinen drei Naturwaldzellen (blau).

² Dvorak M. (Herausgeber) 2009: Important Bird Areas. Die wichtigsten Vogelschutzgebiete Österreichs. BirdLife Österreich. Verlag Naturhistorisches Museum Wien, Wien, 578 pp.

³ Loupal G. 2009 in Dvorak IBAs in Österreich.

Zu IBAs liegen sechs Urteile des EuGH vor, die hier relevant sind.

- EuGH, C-3/96, 1998
- EuGH, C-166/97, 1999
- EuGH, C-374/98, 2000
- EuGH, C-388/05, 2007
- EuGH, C-141/14, 2016
- EuGH, C-66/23, 2024

EuGH C-3/96, 1998

Aus der Rechtssache C-3/96 ergibt sich eine grundsätzliche Leitentscheidung zur Auswahl und Abgrenzung vogelschutzrelevanter Gebiete nach ornithologischen Kriterien. Der Gerichtshof hat entschieden, dass ein **Mitgliedstaat gegen die Vogelschutzrichtlinie verstößt, wenn er zu wenige oder flächenmäßig zu kleine Gebiete als besondere Schutzgebiete**⁴ ausweist, obwohl nach ornithologischen Kriterien mehr bzw. größere Gebiete als geeignet erscheinen. Besonders wichtig ist, dass nach Art. 4 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie die Mitgliedstaaten die **am besten geeigneten Gebiete** als Schutzgebiete ausweisen müssen. Der EuGH sagt ausdrücklich, dass diese Pflicht **nicht durch andere Schutzmaßnahmen ersetzt werden** kann. Eine weitere zentrale Aussage dieses Urteils ist, dass **wirtschaftliche** und freizeitbedingte Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebiets nicht berücksichtigt werden dürfen. Der Gerichtshof hält ausdrücklich fest, dass die in Art. 2 genannten wirtschaftlichen Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebiets nicht einfließen dürfen. Außerdem sagt der EuGH, dass die Mitgliedstaaten zwar einen **Beurteilungsspielraum haben, dieser sich jedoch nur auf die Anwendung ornithologischer Kriterien bezieht** – nicht darauf, ob man aus anderen Gründen auf die Ausweisung der am besten geeigneten Flächen verzichten darf. Schließlich hält das Urteil fest, dass ein wissenschaftliches IBA-Verzeichnis – im Fall des IBA 89 – zwar **nicht rechtlich verbindlich** ist, aber wegen seines wissenschaftlichen Wertes als Bezugsgrundlage verwendet werden kann, wenn keine besseren gegenteiligen wissenschaftlichen Belege vorliegen.

EuGH C-166/97, 1999

Das Urteil betont hier zwei Hauptpflichten aus Art. 4 der Vogelschutzrichtlinie:

- Es müssen **ausreichend große** Gebiete als Schutzgebiete ausgewiesen werden, wenn sie ornithologisch relevant sind.

⁴ Besonderes Schutzgebiet (BSG) ist identisch mit SPA (special protection area) und Europäischem Vogelschutzgebiet.

- Ein bereits eingerichtetes Schutzgebiet braucht einen **rechtlichen Schutzstatus**, der tatsächlich geeignet ist, die Erhaltungsziele sicherzustellen; ein bloßer Restschutz oder eine nur partielle Regelung genügt nicht.

Der Gerichtshof sagt außerdem ausdrücklich, dass sich ein Mitgliedstaat nicht auf interne Umstände oder innerstaatliche Schwierigkeiten berufen kann, um die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen zu rechtfertigen.

Für den IBA-Fall mit Windkraft-Eignungszone sind hier folgende Aspekte von Relevanz:

A. Ein bloß unzureichend gesichertes Schutzregime reicht nicht

Der EuGH verlangt für ein Vogelschutzgebiet einen **rechtlichen Schutzstatus**, der geeignet ist, das Überleben und die Vermehrung der Anhang-I-Arten sowie die Nutzung durch regelmäßig vorkommende Zugvögel sicherzustellen. Im konkreten Fall genügte eine Regelung, die „außer im Bereich der Jagd keine konkreten Maßnahmen“ umfasste, gerade **nicht**.

Für Windkraftplanungen bedeutet das: Wenn ein Gebiet ornithologisch hochwertig ist, kann man unionsrechtliche Konflikte nicht dadurch entschärfen, dass man sich auf nur allgemeine oder schwache Schutzmechanismen verlässt.

B. Auch ein nicht ausgewiesenes Gebiet kann unionsrechtlich relevant sein

Der Gerichtshof sagt ausdrücklich, dass die Verpflichtungen aus Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie **auch dann** zu beachten sind, wenn ein Gebiet **nicht** zum Schutzgebiet erklärt wurde, **obwohl dies hätte geschehen müssen**.

C. Aber: Es muss konkret nachgewiesen werden, dass gerade dieses Areal zu den geeignetsten Gebieten gehört

Der EuGH formuliert auch die Grenze sehr klar: Ein Verstoß gegen Art. 4 Abs. 4 Satz 1 kommt nur in Betracht, wenn das betreffende Gebiet „zu den zahlen- und flächenmäßig für die Erhaltung geschützter Arten geeignetsten Gebieten“ gehört.

Wenn die Behörde in einem IBA eine Eignungszone ausweist, muss sie belastbar darlegen können, dass die konkrete Teilfläche **nicht** zu den besonders wertvollen Teilräumen gehört bzw. dass die ornithologische Konfliktlage fachlich tragfähig aufgearbeitet wurde.

D. Die bloße Aufnahme in ein Verzeichnis genügt nicht automatisch

Der EuGH sagt ausdrücklich: Die bloße Tatsache, dass ein Gebiet in ein Verzeichnis von Gebieten von Bedeutung für die Erhaltung der Vögel aufgenommen wurde, beweist nicht automatisch, dass es zwingend zum besonderen Schutzgebiet erklärt werden müsste.

Ein **IBA allein** genügt nach diesem Urteil **nicht automatisch**, um Windkraftanlagen zu verhindern.

E. Die Lage im IBA ist aber ein starkes wissenschaftliches Indiz

Auch wenn der EuGH hier sagt, dass ein Verzeichnis allein nicht automatisch alles entscheidet, hält er die fachliche ornithologische Einordnung dennoch für zentral. Das passt auch zur Rechtssache C-3-96, in der der Gerichtshof dem IBA wegen seines **wissenschaftlichen Wertes** Bedeutung als Bezugsgrundlage zuerkennt.

EuGH C-374/98, 2000

Diese Rechtssache ist für die gegenständliche Frage relevant, weil sie gerade den Fall behandelt, dass ein ornithologisch bedeutsames Gebiet **nicht** als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen wurde und zugleich ein belastendes Vorhaben im Gebiet zugelassen wurde bzw. betrieben wurde.

Der Gerichtshof hat entschieden, dass die Französische Republik gegen Art. 4 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie verstoßen hat, weil sie keinen Teil des Gebiets Basses Corbières zum besonderen Schutzgebiet erklärt und zudem keine besonderen Schutzmaßnahmen mit ausreichender geografischer Ausdehnung ergriffen hat.

Der EuGH hält fest, dass in einem Gebiet, das die Kriterien für eine Ausweisung als besonderes Schutzgebiet erfüllt, **besondere Schutzmaßnahmen** zu ergreifen sind, die geeignet sind, das **Überleben und die Vermehrung** der in Anhang I genannten Vogelarten sicherzustellen.

Liegt eine geplante Windkraft-Eignungszone in einer Important Bird Area und ist sie vogelschutzfachlich konfliktträchtig, so ist nach diesem EuGH-Urteil zu berücksichtigen, dass IBA-Verzeichnisse wissenschaftliche Beweismittel dafür liefern, und weiter zu prüfen, ob ein Gebiet zu den für die Erhaltung geschützter Vogelarten zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebieten gehört. Erfüllt ein Gebiet die Kriterien für eine Ausweisung als besonderes Schutzgebiet, sind **besondere Schutzmaßnahmen** zu treffen, die auch hinsichtlich ihrer **geografischen Ausdehnung ausreichen**. Die fehlende formelle Ausweisung darf den Schutzstandard nicht verringern; vielmehr unterliegen solche Gebiete weiterhin Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie.

Daraus folgt:

- A) IBA sind ein starkes wissenschaftliches Beweismittel, auch wenn sie nicht rechtlich bindend sind.

- B) Schutzmaßnahmen müssen räumlich ausreichend sein, nicht nur symbolisch oder punktuell.
- C) Für nicht ausgewiesene, aber ausweisungswürdige Gebiete gilt weiter Art. 4 Abs. 4 Satz 1 Vogelschutzrichtlinie (faktisches Vogelschutzgebiet)

EuGH C-388/05, 2007

Dieses Urteil liefert eine sehr klare Aussage, dass ein Gebiet, das aufgrund seiner ornithologischen Bedeutung eigentlich als Vogelschutzgebiet hätte ausgewiesen werden müssen, nicht deshalb schlechter gestellt werden darf, weil die formale Ausweisung (noch) fehlt. Aus folgenden Gründen ist dieses Urteil hier von besonderer Relevanz:

A. Die formelle Nichtausweisung ist kein Entlastungsargument

Ein Gebiet wird nicht dadurch „freies Planungsland“, dass es zwar ein IBA ist und aus ornithologischer Sicht ausweisungswürdig wäre, jedoch noch nicht formell als Vogelschutzgebiet ausgewiesen wurde.

B. Das IBA ist ein ernstes wissenschaftliches Warnsignal

Das Urteil bestätigt, dass ein IBA kein bloßer unverbindlicher Hinweis ist, sondern ein wissenschaftlich relevantes Beweismittel für die Schutzwürdigkeit eines Gebietes.

Das heißt:

- Die Behörde muss sich **substantiiert** mit der IBA-Lage auseinandersetzen.
- Sie kann das IBA **nicht einfach ignorieren** oder nur beiläufig abtun.
- Je stärker die ornithologischen Daten sind, desto schwerer wiegt die IBA-Einstufung.

C. Verboten sind Beeinträchtigungen und erhebliche Störungen

Der EuGH stellt in diesem Urteil auf die Beeinträchtigung der Lebensräume und die Belästigung/Störung der Vögel ab.

Für Windkraft kann das — soweit fachlich nachgewiesen — insbesondere relevant sein bei:

- Lebensraumverlust durch Anlagen, Wege, Kranstellflächen, Ableitungen;
- Störung empfindlicher Brut- oder Rastvogelarten;
- Beeinträchtigung von Zug- oder Nahrungsräumen.

D. Die Behörde braucht eine besonders tragfähige Begründung für eine Positivausweisung

Wenn ein Gebiet in einem IBA liegt und als problematisch für den Vogelschutz gilt, dann ergibt sich aus dem Urteil jedenfalls eine **erhöhte Begründungslast**:

Die planende Behörde muss darlegen, weshalb die Fläche **trotz** IBA-Lage und trotz ornithologischer Konflikte als Eignungszone ausgewiesen werden soll.

E. Was das Urteil nicht sagt

Wichtig ist die Grenze des Urteils:

- Es sagt **nicht**, dass **jede** Windkraftnutzung in einem IBA automatisch unzulässig ist.
- Es sagt auch **nicht**, dass **jedes** IBA automatisch vollständig wie ein schon ausgewiesenes Schutzgebiet zu behandeln ist.

Es sagt aber sehr klar, dass ein IBA als wissenschaftlicher Maßstab ernst zu nehmen ist und dass ein ausweisungswürdiges Gebiet **vor der förmlichen Ausweisung nicht schutzlos** ist.

EuGH C-141/14, 2016

Diese Rechtssache ist eines der deutlichsten Urteile dazu, wie mit IBA-Gebieten, Windkraftprojekten und der unzureichenden Ausweisung von Schutzgebieten umzugehen ist.

Der EuGH hat hier entschieden, dass die Republik Bulgarien mehrfach gegen Unionsrecht verstoßen hat, weil sie

1. das IBA Kaliakra **nicht vollständig** in das SPA Kaliakra aufgenommen hat, obwohl die betroffenen Flächen zu den für den Vogelschutz geeigneten Gebieten gehörten,
2. die Durchführung mehrerer **Windkraftprojekte** in dem Teil des IBA Kaliakra genehmigt hat, der **nicht** als Schutzgebiet ausgewiesen war, obwohl dies hätte geschehen müssen,
3. weitere Projekte in bereits geschützten Gebieten genehmigt hat und dadurch gegen das Verschlechterungsverbot aus Art. 6 Abs. 2 der Habitatrichtlinie verstoßen hat,
4. und die **kumulativen Auswirkungen** mehrerer Windenergieprojekte nicht ordnungsgemäß geprüft hat.

Besonders relevant sind folgende Punkte:

A. Positive Standortfestlegung in einem IBA braucht eine besonders tragfähige Begründung

Wenn eine Fläche in einem IBA liegt und ornithologisch sensibel ist, darf sie nicht ohne belastbare standortbezogene Begründung als Eignungszone ausgewiesen werden. Das folgt aus der Pflicht, die **zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete** für den Vogelschutz zu sichern, und aus der Anerkennung des IBA als wissenschaftliches Beweismittel.

B. Die fehlende formelle Schutzgebietsausweisung entschärft den Konflikt nicht

Auch ein Teil eines IBA, der noch nicht als SPA ausgewiesen wurde, kann weiterhin dem Schutzmaßstab des Art. 4 Abs. 4 Vogelschutzrichtlinie unterliegen, wenn er eigentlich hätte ausgewiesen werden müssen.

C. Schon die Gefahr erheblicher Störungen reicht

Man muss nicht erst beweisen, dass die Vogelpopulationen endgültig zusammengebrochen sind. Für die rechtliche Relevanz genügt nach dem Urteil die **Wahrscheinlichkeit oder Gefahr**, dass Windkraftanlagen Habitate verschlechtern oder erhebliche Störungen verursachen.

D. Kumulative Effekte sind ein Pflichtprogramm

Eine Planung ist angreifbar, wenn sie Windkraftprojekte oder sonstige Vorhaben im Gebiet **nicht in ihrer Gesamtwirkung** berücksichtigt. Genau das beanstandet der EuGH bei Kaliakra.

Daraus folgt: Wenn eine geplante Eignungszone in einem IBA für den Vogelschutz problematisch ist, besteht eine besonders strenge Pflicht zur standortbezogenen, wissenschaftlich fundierten und kumulativen Prüfung; die fehlende formelle Ausweisung reduziert den Schutzmaßstab nicht.

EuGH C-66/23, 2024

Der Gerichtshof hat im Tenor zwei Aussagen getroffen:

1. Für jedes besondere Schutzgebiet (SPA/Europäisches Vogelschutzgebiet) müssen die Mitgliedstaaten **individuelle Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen** festlegen – und zwar **für alle** in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie genannten Vogelarten, für **regelmäßig auftretende Zugvogelarten** sowie **für ihre Lebensräume**. Der Staat darf zwar Prioritäten setzen, aber nur nach Maßgabe der Wichtigkeit der Maßnahmen für die Erhaltungsziele **aller** dieser Arten.

2. Die Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen von Projekten nach der UVP-Richtlinie ändert nichts an der Reichweite der Verpflichtungen aus der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatrichtlinie. Anders gesagt: Eine UVP ersetzt oder verkleinert die materiellen Naturschutzpflichten nicht.

Das Urteil betrifft nach seinem Tenor also nicht direkt ein IBA oder einen Windpark, sondern die Schutzanforderungen für besondere Schutzgebiete und das Verhältnis dieser Pflichten zu Projekt-Umweltprüfungen.

Das Urteil ist dennoch hier von besonderer Relevanz, weil ausdrücklich festgehalten wird, dass der Schutzansatz **nicht nur auf einzelne ausgewählte Arten** beschränkt werden darf. Für ein Schutzgebiet müssen Ziele und Maßnahmen **für alle** relevanten Anhang-I-Arten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und ihre Lebensräume festgelegt werden.

KBA – Key Biodiversity Area

Die Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Key Biodiversity Area⁵ (Abbildung 4). In Österreich gibt es 57 KBAs. Davon sind nur vier (7 %) KBAs als von ausschließlich globaler Bedeutung eingestuft: unter anderem der Neusiedler See sowie die Niederen Tauern, in dem sich die geplante Eignungszone befindet.

Für das IBA/KBA Niedere Tauern gibt es unter anderem folgende Policy-Instrumente, um die Ziele zum Schutze der Artenvielfalt und insbesondere der Vögel zu erreichen:

- [Convention on Biological Diversity \(CBD\)](#)
- [Convention on Migratory Species \(CMS\)](#)
- [Memorandum of Understanding on the Conservation of Migratory Birds of Prey in Africa and Eurasia \(CMS Raptors MOU\)](#)

Mit diesen Politikinstrumenten wird indirekt auch zum Ausdruck gebracht, dass dieses Gebiet nicht nur von naturschutzfachlicher Bedeutung für die Steiermark oder Österreich ist, sondern weltweit – insbesondere für Afrika – als wichtiges Gebiet gilt.

⁵ <https://www.keybiodiversityareas.org/site/factsheet/3245>

Naturschutzgebiete in funktionaler Nähe der Eignungszone

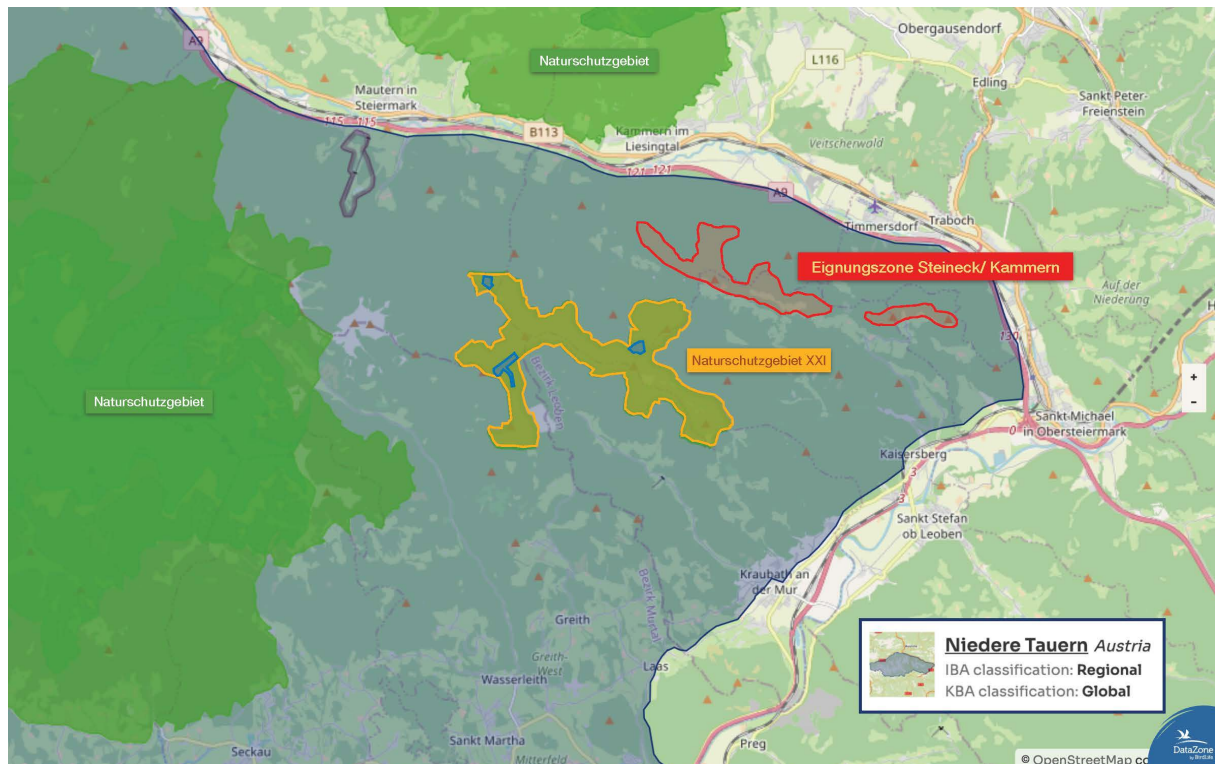


Abbildung 5: Lage der designierten Eignungszone (rot) sowie die Naturschutzgebiete nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA) hellgrün und der FFH-Richtlinie (SCI) dunkelgrün und des NSG XXI des Landes (orange).

Vogelschutzgebiet (SPA)

Das Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ besteht in seiner gegenwärtigen Ausprägung seit 2011⁶ und seine nächste Grenze zur Eignungszone liegt etwa 7,5 km entfernt (Abbildung 5). In der entsprechenden Verordnung⁷ wird dieses SPA zum Europaschutzgebiet 38 (AT 2209000) erklärt. In § 2 wird der Schutzzweck in der Fassung des LGBL Nr. 23/2011 wie folgt definiert: Das Gebiet dient dem Schutz von Schutzgütern nach der Vogelschutz-Richtlinie und bezweckt:

- a) die Erhaltung und Wiederherstellung einer ausreichenden Vielfalt und einer ausreichenden Flächengröße der Lebensräume für die Anhang-I-Vogelarten;
- b) die Bewahrung und Wiederherstellung des günstigen Erhaltungszustands für die Anhang-I-Vogelarten;
- c) die Erhaltung der Vermehrungs-, Mauser- und Überwinterungsgebiete sowie der Rastplätze in den Wanderungsgebieten für die Zugvögel.

⁶ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11680814/74835791/>

⁷ <https://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=Lgbl&Lgblnummer=83/2006&Bundesland=Steiermark&BundeslandDefault=Steiermark&FassungVom=&SkipToDocumentPage=True>

In § 2a werden die Ziele wie folgt definiert:

- (1) Der günstige Erhaltungszustand der in der Anlage A genannten Schutzgüter ist dauerhaft zu sichern.
- (2) Im Falle einer aus naturschutzfachlichen Gründen notwendigen Prioritätenreihung der Schutzgüter kommt dem Mornellregenpfeifer (*Charadrius morinellus*) bei der Umsetzung des Schutzzwecks oberste Priorität zu.

In § 2b werden die Maßnahmen wie folgt definiert: Die Ziele sollen vorrangig im Wege des Vertragsnaturschutzes erreicht werden durch die Erhaltung und Entwicklung von

- a) zur Brut für Spechte, Kleineulen und andere Höhlenbrüter geeigneten Alt- und Totholzanteilen;
- b) standorttypischer Ufervegetation entlang der Fließgewässer und natürlicher Stillgewässer;
- c) Moorstandorten und anderen Feuchtflächen;
- d) Wiesen- und Weideflächen.

In § 2c werden folgende Verbote definiert:

Im Europaschutzgebiet sind nachstehende Handlungen verboten: 1. im Großen und Kleinen Lachtal zum Schutz des Mornellregenpfeifers im unmittelbaren Brut- und Jungenaufzuchtsbereich im Zeitraum vom 10. Mai bis 10. September a) jede ungebührliche Lärmentwicklung; b) Hunde frei laufen zu lassen, ausgenommen zur Jagdausübung oder des Einsatzes von Diensthunden der Exekutive, des Militärs und von Rettungshunden. 2. im Bereich von verorteten Steinadlerhorsten a) das Klettern im Umkreis von 300 m; b) das Hängegleiten, Paragleiten und der Einsatz sonstiger Fluggeräte im Umkreis von 500 m.

Für dieses Gebiet sind folgende Vogelarten nach der VS-RL Anhang I als Schutzgüter genannt: Bartgeier, Steinadler, Wanderfalke, Haselhuhn, Uhu, Sperlingskauz, Raufußkauz, Grauspecht, Schwarzspecht, Dreizehenspecht, Blaukehlchen, Auerhuhn, Alpenschneehuhn, Mornellregenpfeifer und Birkhuhn.

Weiters sind folgende regelmäßig vorkommende Zugvögel als Schutzgüter angeführt: Baumfalke, Waldschnepfe, Feldlerche, Felsenschwalbe, Rauchschwalbe, Baumpieper, Gebirgsstelze, Heckenbraunelle, Alpenbraunelle, Steinschmätzer, Ringdrossel, Mauerläufer, Berglaubsänger, Klappergrasmücke, Ringeltaube und Mehlschwalbe.

FFH-Gebiet (SCI)

Das FFH-Gebiet „Hochlagen der östlichen Wölzer Tauern und Seckauer Alpen“ besteht seit 2006⁸ und ist als Europaschutzgebiet 39 (AT2209004) ausgewiesen. Seine nächste Grenze liegt etwa 9,5 km von der Eignungszone entfernt (Abbildung 5).

Schutzzweck ist die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands folgender Schutzgüter: ausgewählte natürliche Lebensräume und Pflanzen gemäß § 13 Abs. 3 Z 5 lit. a des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, darunter auch acidophile, bodensaure Fichtenwälder, sowie ausgewählte prioritäre Lebensräume gemäß § 13 Abs. 3 Z 7 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, darunter der Bürstlingsrasen.

Naturschutzgebiet XXI

Das NSG XXI des Landes Steiermark „Niedere Tauern Ostausläufer“ besteht seit 2015⁹. Es liegt 500 m von der Eignungszone entfernt (Abbildung 6).

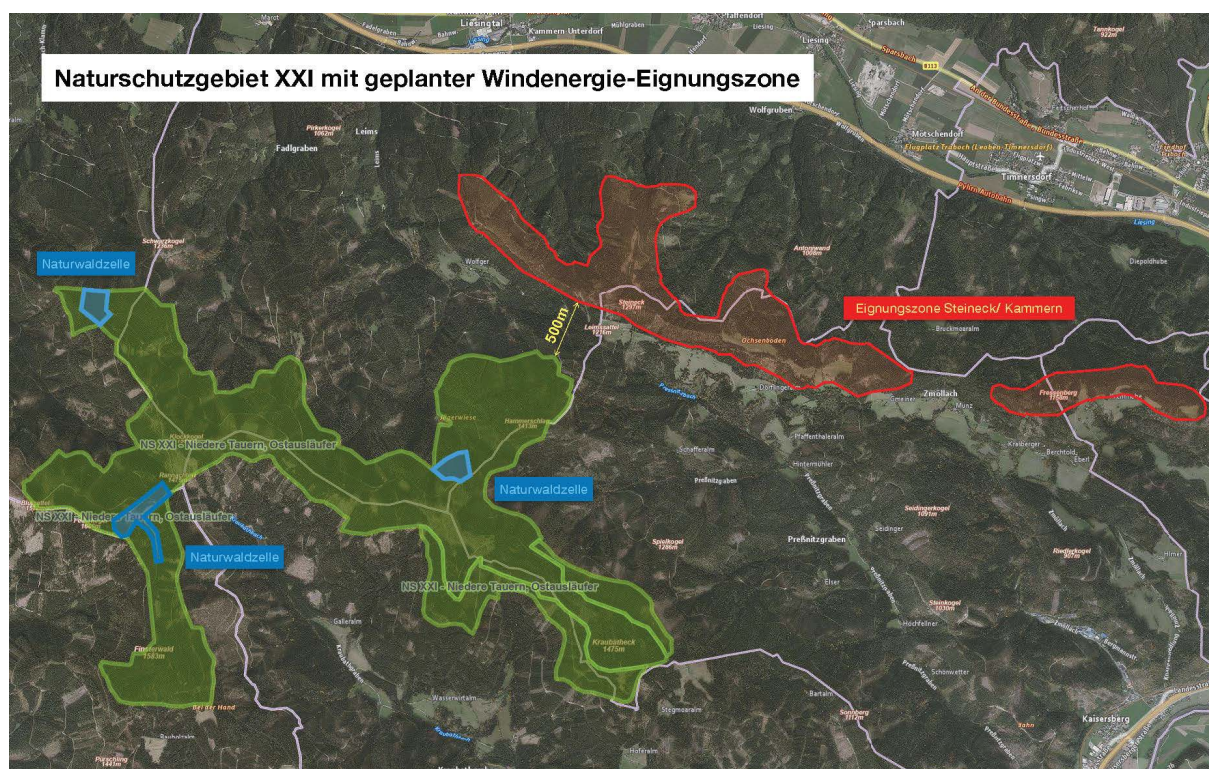


Abbildung 6: Lage der designierten Eignungszone (rot) im Bezug zum Naturschutzgebiet XXI des Landes STMK (grün) mit den drei Naturwaldzellen (blau).

⁸ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11680815/74835791/>

⁹ <https://ris.bka.gv.at/eli/lgb/ST/2015/17/P1/LST40018283>

Die naturschutzfachlichen Grundlagen für das Naturschutzgebiet XXI wurden ab 2013 auf Eigeninitiative der Grundbesitzer erhoben. Nachdem der Befund außerordentlich positiv ausgefallen war, stellte das Land Steiermark das Gebiet mit einer Größe von 620 Hektar unter Naturschutz. Drei Grundbesitzer waren bereit, Naturwaldzellen einzurichten, in denen jegliche Nutzung untersagt ist, um damit einen Beitrag zur natürlichen Bergwaldentwicklung (Prozessschutz) zu leisten.

Das Amtsgutachten seitens der Naturschutzabteilung des Landes von Dr. Reinhold Turl vom 21. November 2014 beschreibt die Wertigkeit vor dem Hintergrund der das Gebiet und den Großraum betreffenden Studien wie folgt (Schreibweise original unverändert):

Gegenstand: Kraubatheck, Unterschutzstellung gem. § 5 Stmk. NSchg., Befund und Gutachten

Graz, 21.11.2014

Amtsgutachten

Befund

Das gegenständliche Gebiet umfasst die Hochlagen der östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in der Obersteiermark zwischen Liesingtal im Norden und Murtal im Süden, beginnend mit der Höhe „Blutsattel“-„Feuerkogel“ im Westen mit etwa 1666 m Höhe und über die Kuppe „Hennerkogel“ mit 1533 m Höhe zum Kraubatheck leicht abfallend.

*Mit dem Höhenzug laufen die Sekauer Alpen, als Teil der niederen Tauern von den über der Waldgrenze liegenden Gipfeln und Graten Sekauer Zinken (2397 m), Schwaigerhöhe, Lamprechthöhe und Speikbichl (1878 m) mit bewaldeten Rücken zum Murr-Tal hin aus. Die östlichste, mit 1475 m Seehöhe immer noch deutlich über die Umgebung hinausragende Erhebung dieses Gebiets ist die Kuppe „Kraubatheck“. Südlich von Murtal, dem Kraubatheck gegenüber, liegt in etwa 14 km Entfernung die Berggruppe um die Gleinalpe, die mit Wildeggekogel, Speikkogel, Roßbachkogel und anderen (jeweils knapp 1800 bis 1900 m) die Höhenlagen nach Süden zu gegen die Stubalpe hin fortsetzt. Im Sattel zwischen Hennerkogel und Kraubatheck liegt im Wald die „Schwarze Lacke“ (KRANZ 2014a; Schwarzlacke in der ÖK), ein natürlicher Moorsee von etwa 4000 m² Größe. Die Schwarze Lacke ist als natürliches Gewässer gemäß Stmk NSchG als Landschaftsschutzgebiet (§ 7 Abs. 1 in Verbindung mit §6 Abs. 3-6) geschützt. Das für die Unterschutzstellung vorgesehene Gebiet ist bewaldet, wobei der Fichten-Lärchenwald auf etwa 1400-1500m Seehöhe überwiegt. Der Wald ist in den Kuppenlagen infolge Windwurf, Schneebruch und Kalamitäten aufgelichtet, zur Fichte (*Picea abies*) als Hauptbaumart treten Lärche (*Larix decidua*) und vereinzelt Vogelbeere (*Sorbus aucuparia*) hinzu. Die natürliche Waldgesellschaft ist der hochmontan-tiefalpine Fichtenwald. Altholz ist kleinflächig erhalten geblieben. Inmitten jüngeren Waldes stehen zerstreut einzelne alte Fichten und Lärchen, die auf frühere Weidenutzung hinweisen, die nach unten anschließenden Hänge sind großflächig von Wirtschaftswald mittleren Alters mit einigen regelmäßigen Schlagflächen bestanden. Zur*

Unterschutzstellung sind nur die höheren Lagen des Höhenzuges oberhalb von etwa 1300m über Adria auf eine Breite von etwa 250-1.000m vorgesehen.

Außer einer Jagdhütte, Zäunen, Wegen, einem Feldaltar mit Sitzbänken, Marterln u. dgl. sowie einem Windmessmast, der befristet bewilligt ist (s. Bescheide) sowie mäßige Eingriffe der Forstwirtschaft (Forstwege, kleinflächige forstliche Nutzungen) enthält das Gebiet keine anthropogenen Einrichtungen.

Das Gebiet weist darüber hinaus eine Kette von sechs über das Steirische Jagdgesetz verordneten Wildschutzgebieten zur Hintanhaltung von Störungen der Auer- und Birkhühner zur Brut- und Aufzuchtzeit auf, des Weiteren ein Vertragsnaturschutzgebiet (BIOSEA) im Ausmaß von 500 ha zur Erhaltung und Förderung der Auer- und Birkhuhnlebensräume, stellvertretend für alle geschützten Charaktervögel des höheren und hochgelegenen Bergwaldes.

Das Gebiet ist ein Teil des IBA (Important Bird Area, Bedeutendes Vogelgebiet), und kann als solches bei Entscheiden des EuGH und des VwGH als wissenschaftliche Grundlage zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten nach der Vogelschutzrichtlinie anerkannt und herangezogen werden. Als Ausweisungsgründe für das IBA werden gemäß IBA-Kriterien die Arten Steinadler, Birkhuhn, Auerhuhn, Mornellregenpfeifer, Sperlingskauz, Raufußkauz und Dreizehenspecht angeführt (ZECHNER & SPREITZER in DVORAK 2009). Die Entfernung zum Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ als Teil des kohärenten Schutzgebietsnetzwerkes „Natura 2000“ der Europäischen Union beträgt etwa 6 km.

Die Befunde der Vorgutachter (Grünschachner-Berger 2013, Pfeifer 2013, Leitner 2013, Kranz 2014 und Kollar 2014) sind auch im gegenständlichen Befund berücksichtigt.

Gutachten:

Im zur Unterschutzstellung vorgesehenen Gebiet wurden, alle vorliegenden Unterlagen zusammenfassend, 85 Vogelarten und 11 Fledermausarten angetroffen.

In der Biotopbeschreibung des Landes (Revision vom 18.9.1991) wird die ebenfalls im ggstl. Gebiet liegende „Schwarze Lacke“ unter dem Code 11.0072 (Hennerkogel (Schwarzlacke), St. Stefan) als Verlandungsmoor bezeichnet und es wird dort empfohlen, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Eine landeseigene Studie von Grünschachner-Berger (2013) weist darauf hin, dass in dem ggstl. Gebiet die Auerhuhndichte hier im Vergleich zu anderen steirischen Vorkommen überdurchschnittlich groß ist und darüber hinaus Reihe von anderen Anhang I Arten gemäß VS-RL vorkommt.

Eine weitere Studie von Kranz (2014) erwähnt das Vorkommen von 59 Vogelarten, davon 13 Anhang I Arten gemäß VS-RL, 25 Zugvogelarten und Hinweise auf eine bedeutende inneralpine Zugroute, Balzplätze bzw. Brutnachweise von Auer- und Birkhuhn, Sperlingskauz und Dreizehenspecht sowie Brutverdacht für Wespenbussard, das Vorkommen von 11 der 28 in Österreich lebenden Fledermausarten (alle streng geschützt, da Anhang IV Arten gemäß FFH-Richtlinie), potenzielle Ruhestätten von

Fledermäusen und Niststandorte von Anhang I Vögeln in 63 Baumhöhlen sowie Nester hügelbauender Ameisen im Ausmaß von mindestens 102 Kolonien.

Bezüglich der VS-RL belegen die vorliegenden Daten im Kontext der Lebensräume, Vorkommen und Dichten von Anhang I Arten in der ganzen Steiermark, dass das ggst. Gebiet nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und überregionale Bedeutung hat. Die relevanten Schlüsselarten sind hier das Auerhuhn, das Birkhuhn, der Dreizehenspecht und der Sperlingskauz.

Die Bedeutung des Gebietes für die genannten Arten liegt in dessen Lage (tiefsubalpiner naturnaher Bergwald am östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in einer Höhe über 1.300 m) und im Zusammenhang mit anderen Vorkommen dieser Arten. Es ist demnach ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und der qualitativ hervorragender Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm.

Es stellt darüber hinaus auch einen regional wie überregional sehr bedeutsamen Korridor zwischen Randalpen und Zentralalpen für landgebundene, waldbevorzugende Arten wie Luchs, Braunbär und Wolf dar. Auf die Bedeutung des im ggstl. Gebiet liegenden Höhenrückens am Kraubatheck als international bedeutsamer Weitwanderwechsel von Großbrauwild (Bär, Wolf, Luchs) verweisen bereits Völk et. al (2001) und Leitner (2013).

Eine im Auftrag der Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erstellte Studie (Kollar 2014) bestätigt ebenfalls, dass das Gebiet in seiner Lebensraumeignung für eine naturraumgerechte Fauna einschließlich Vögel, Säugetiere und Wirbellose hinsichtlich seiner Ursprünglichkeit (Naturnähe) als ein sich deutlich aus seiner Umgebung heraushebender Naturraum einzustufen ist. Demnach ist die Anzahl der Vogelarten hier deutlich höher als die in den umliegenden Wirtschaftswäldern zu erwartende Artenzahl und weist die Artengemeinschaft aus Auerhuhn, Birkhuhn, Dreizehenspecht, Sperlingskauz, Waldschnepfe und Wespenbussard auf sehr naturnahe Lebensgrundlagen (Lebensraumtypen) hin. Dies wird auch durch die hohe Artenzahl an Fledermäusen unterstützt.

Die gutachterlichen Stellungnahmen der Vorbegutachter decken sich mit den persönlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen des Gefertigten zum Gebietscharakter und seiner Bedeutung für eine Vielzahl wildlebender Tiere (geschützte Arten). Die Richtigkeit der Ergebnisse der Vorbegutachter steht außer Zweifel und lässt auch zwischen den Sachverständigen keine Widersprüche erkennen.

Daher ergibt sich zusammenfassend folgende Schlussfolgerung:

Aufgrund seiner hervorragenden Artenvielfalt, einschließlich seltener und gefährdeter Arten, seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und naturräumlichen Einheit sowie seiner Bedeutung als verbindender Korridor, Trittstein und Quellgebiet für Tierarten und damit verbunden auch seiner wichtigen Funktion für die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf regionaler und überregionaler Ebene für eine Reihe von Anhang I Arten gemäß VS-RL und Anhang IV Arten der FFH-RL, sind daher aus fachlicher Sicht

alle Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung des Gebietes „Kraubatheck“ in der Abgrenzung wie in den Unterlagen beschrieben, gegeben.

Um den Schutzzweck im Sinne der Lebensraumbedingungen für die im Gebiet vorkommenden Tierarten zu bewahren ist es jedenfalls erforderlich, im Rahmen der Verordnung dem Schutzzweck entsprechende Zonierungen für die Nutzung des Gebietes einzurichten sowie entsprechende Verbotstatbestände, wie sie bereits im Verordnungsentwurf vorgeschlagen sind, zu formulieren. Jedenfalls dürfen auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (z.B. Windräder) errichtet werden.

Eine Erklärung des Gebietes zum Naturschutzgebiet steht im Einklang mit den Bestimmungen des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.

Für den Fachbereich Naturschutz:

(Dr. Reinhold Turk)

Quellen:

Grünschnachner-Berger, V. 2013: Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten. Gutachten im Auftrag der A 10 - Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, 29 Seiten.

Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

Kranz, A. und Toman A.. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

Leitner, H. 2013: Bedeutung des Kraubatheck als Korridor für landgebundene Großsäuger Expertise, Büro für Wildökologie und Forstwirtschaft e. U., Klagenfurt, 9 Seiten.

Völk, F., Glitzner, I. & M. Wöss, M. 2001: Kostenreduktion bei Grünbrücken durch deren rationellen Einsatz. Kriterien - Indikatoren - Mindeststandards. Erstellt im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Straßenforschung, Heft 513, Wien. 97 Seiten plus Anhang.

Überregional bedeutsame Zugvogelroute 2019

Im Herbst 2019 wurde das Zugvogelaufkommen im Bereich des Hennerkogels mitten im Naturschutzgebiet XXI erfasst¹⁰: Die Anzahl der Ende August am Hennerkogel beobachteten Wespenbussarde war 2,6-mal so hoch wie der Durchschnitt der 10 besten Standorte und 1,8-mal so hoch wie der beste Standort der 30 von Linhart et al. (2018)¹¹ dokumentierten Standorte in den Alpen der Steiermark. Noch ausgeprägter war der Unterschied bei der Rohrweihe: Die Werte am Hennerkogel sind mehr als viermal so hoch wie der Durchschnitt der 10 besten Linhart-Standorte und immerhin noch 2,3-mal so hoch wie der beste der 30 Linhart-Standorte. Ganz ähnlich sind auch die Unterschiede bei den Greif- und Großvögeln: Die Werte für Greifvögel vom Hennerkogel liegen um das 2,4-fache über dem Durchschnitt der besten 10 Standorte von Linhart sowie immer noch um 1,75-mal über dem Maximalwert.

Das bestätigt die überregionale Bedeutung dieser inneralpinen Zugvogelroute und unterstreicht die Bedeutung des Schutzgebietes im steirischen Kontext sowie die daraus resultierende Verantwortung des Landes. Die Erhebungen von 2019 bestätigten die Befunde von Kranz & Toman (2014)¹² und Kollar (2014)¹³ erneut. Außerdem sind sie ein gutes Beispiel dafür, dass eine Fokussierung auf den Herbstzug des Wespenbussards, wie in der BirdLife-Richtlinie¹⁴ vorgesehen, sehr kurz greift und den Zug anderer Greifvögel, wie hier der Rohrweihe, kaum erfasst.

Gut die Hälfte der am Gipfel des Hennerkogels (1.533 m) beobachteten Greifvögel am Zug nutzte die Thermik und kam aus dem Tal kreisend höher. Das bedeutet, sie kamen genau aus der nördlich vorgelagerten Eignungszone, in der Windkraftanlagen errichtet werden könnten. Die räumliche Nähe der Eignungszone zum NSG XXI (Horizontaldistanz von 500 m) sowie die nur unwesentlich geringere Gebirgshöhe der Eignungszone (ca. 1.100 m – 1.300 m) bedeuten, dass die am Hennerkogel beobachteten Zugvögel zuvor durch den Rotorraum betroffene Lufträume fliegen würden.

¹⁰ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

¹¹ Linhart, W., Trautner, J., Ludwig, T., Ludwig, L. & Borowsky, M. (2018): Studie zum herbstlichen Greifvogelzug in der Steiermark. Kofler Umweltmanagement. – Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Referat Naturschutz, 1-103.

¹² Kranz, A. und Toman A. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

¹³ Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

¹⁴ BirdLife Österreich 2016: Bewertung von Windkraftstandorten in Hinblick auf die Gefährdung von Zugvögeln: Empfehlungen zur Erhebungsmethodik und der Interpretation der Ergebnisse, 1-20.

Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere

Dienstanweisung des Verkehrsministeriums

Die Lebensraumvernetzung ist ein entscheidendes Instrument im Biodiversitäts- und Artenschutz und wird nicht zuletzt durch das bereits bestehende Autobahn- und Schnellstraßennetz infrage gestellt. Der erforderliche Nachrüstungsbedarf wurde 2001 formuliert, und die Priorisierungen erfolgten 2005. Daraus resultierte 2006 eine Dienstanweisung des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Technologie und Innovation, die die Nachrüstung von 20 Grünbrücken bis 2027 vorschreibt. Eine dieser 20 Grünbrücken ist für die S36 in der Gemeinde Kraubath zur Absicherung des Koralm-Korridors vorgesehen und befindet sich derzeit in Umsetzung (S. Neidhart (ASFINAG), pers. Mitt.).

In der Dienstanweisung werden folgende internationale Verpflichtungen als rechtliche Basis für diese Nachrüstung angeführt, und diese sind auch alle für das Land Steiermark maßgebend, was hier durch die Nennung der jeweiligen Internetquellen des Amtes der STMK-Landesregierung zum Ausdruck gebracht wird.

- FFH-Richtlinie 92/43/EWG Anhang II und Anhang IV
- Weltcharta für die Natur der Vereinten Nationen (1982)¹⁵
- Bonner Konvention (1972)¹⁶
- Berner Konvention (1983; BGBl. Nr. 372/1983 i.d.g.F.)¹⁷
- Alpenkonvention (1991) mit dem Protokoll Naturschutz und Landschaftspflege¹⁸
- Biodiversitätskonvention (1991; BGBl. Nr. 213/1995)¹⁹
- UNEP (Rio 1992, Addis Abeba 2004) und IUCN (Amman 2000) sowie daraus abgeleitet die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie²⁰
- Naturschutzgesetze und Jagdgesetze sowie Tierartenschutzverordnungen der Länder

Der genau hier erforderliche Nachrüstungsbedarf ist seit über 20 Jahren bekannt und hat auch Eingang in die Konzepte und Planungen der Steiermark gefunden, z. B. im Waldentwicklungsplan.

¹⁵ Resolution A/RES/37/7 <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1326193120phpYJ8KrU.pdf>

¹⁶ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123398603/DE/>

¹⁷ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/74838150/DE/>

¹⁸ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123920802/DE/>

¹⁹ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123398477/DE/>

²⁰ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html>

Waldentwicklungsplan

Der aktuelle Waldentwicklungsplan von 2013²¹ spricht nicht nur von einem Nord-Süd-Korridor (dem Koralm-Korridor), sondern auch von einem Ostalpen-Ost-West-Korridor und begründet die Notwendigkeit der Erhaltung folgendermaßen:

Die vielfältigen Formen menschlicher Landnutzung haben in den vergangenen Jahrzehnten die Populationen wildlebender Tiere zunehmend negativ beeinflusst. Zunehmende Zersiedlung, Freizeitnutzung, Landwirtschaft und Tourismus sowie wachsende Verkehrs- und Energieinfrastrukturen zerschneiden natürliche Habitate in isolierte Lebensrauminselfen und schränken die Wanderbewegungen migrierender Arten ein. Nahrungsbeschaffung, Fortpflanzung und genetische Vielfalt werden beeinträchtigt. Der Klimawandel mit einhergehender Temperaturerwärmung in den Alpen erschwert das Aufrechterhalten der Lebensraumvernetzung durch das Ausweichen der Tiere in höhere Lagen. Global gesehen gilt die Zerschneidung von Lebensräumen als eine der stärksten Bedrohungen für die Erhaltung der Biodiversität. Vernetzte, zusammenhängende Lebensräume mit einer gewissen Mindestgröße bilden die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Ökosystem. Sie ermöglichen genetischen Austausch und Artenvielfalt gleichermaßen, wie sie Isolationseffekte und damit wenig stabile Inselfpopulationen verhindern. Gleichzeitig garantieren sie fortpflanzungsfähige Individuen und eine geringere Mortalitätsrate bei Wildtieren, indem sie die Zahl der Verkehrsoffer verringern.

Habitate und Biodiversität in der Eignungszone

Modellierung der Lebensraumeignung (BOKU)

Eine im Auftrag der Abteilung 10 des Landes Steiermark von der Universität für Bodenkultur Wien durchgeführte Studie²² modelliert unter anderem die Lebensraumeignung der gesamten Steiermark für das Auerhuhn und kommt 2025 für das Gebiet der Eignungszone Steineck-Kammern zu dem Schluss, dass hier die höchste Eignungsstufe (grüne Rasterzellen) vorliegt (Abbildung 7) und auch als Aufzuchtort attraktiv ist, wie der Nachweis einer Henne zur Brutzeit im Mai 2026 belegt (Abbildung 8). Überdies stellt der von der Eignungszone betroffene Höhenrücken die östlichste Ausdehnung und damit die nächste Verbindung zum südöstlich der Mur gelegenen Gebirgsstock der Gleinalm dar. Damit wird offensichtlich, dass auch für diese Waldhuhnart das Gebiet der Eignungszone eine Brückenkopffunktion zur Vernetzung der Populationen mit dem östlichen Randgebirge hat.

²¹https://www.agrar.steiermark.at/cms/dokumente/10431751_12978244/ae7d80f9/WEP_Murtal_gesamt.pdf

²² Zohmann-Neuberger M., Fuchs L. & Lunt F. 2025: Modellierung der Lebensräume für Birkhuhn, Auerhuhn und Alpenschneehuhn in der Steiermark. Bericht an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung Abt. 10 (25 Seiten).

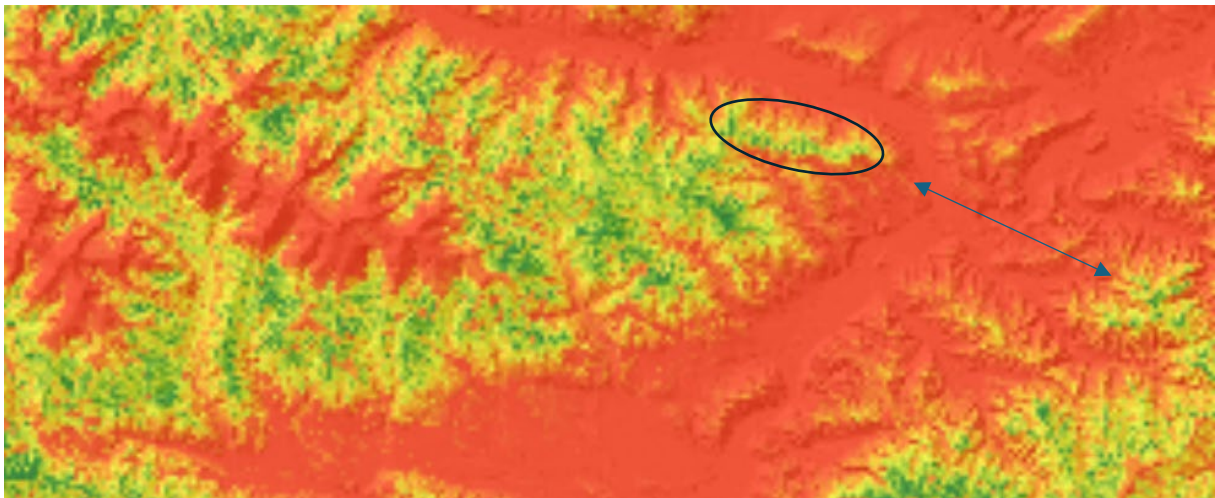


Abbildung 7: Lebensraumeignung für das Auerhuhn laut Modellierung Zohmann-Neuberger et al. (BOKU) 2025; grüne Rasterzellen weisen die höchste Habitataignung aus; die Ellipse beschreibt die Lage der geplanten Eignungszone Steineck-Kammern) und der Pfeil verweist auf die kürzeste Entfernung zwischen Lebensräumen höchster Eignung beiderseits des Murtales und damit auf die Brückenfunktion der Eignungszone für die Vernetzung von Auerhuhnvorkommen.



Abbildung 8: Auerhenne und Haselhenne (beide Anhang I, VSR) in der Eignungszone Steineck-Kammern Mai 2026



Abbildung 9: Junguhu im Horst (Foto Luber, 31.05.2026) und Gewöllrest des Uhus (Anhang I VSR) knapp nördlich der Eignungszone im Mai 2026

Lokalaugenscheine 2026

Eigene Lokalaugenscheine im April und Mai 2026 in der Eignungszone haben mehrere **Haselhuhn**paare (Abbildung 8) nachgewiesen, eine ebenfalls sensible, aber wenig erforschte und weder durch Monitoring noch durch Modellierung erfasste Anhang-I-Raufußhuhnart der Steiermark. Damit ist belegt, dass in der Eignungszone Jungenaufzuchträume liegen, was im Hinblick auf die Schutzverpflichtungen laut Vogelschutzrichtlinie von Relevanz ist (Vogelrichtlinie, Artikel 5 (d)). Bei spätabendlichen Beobachtungen am Steineck wurden wiederholt **Waldschnepfen** beim typischen Balzflug beobachtet. Diese Vogelarten weisen vergleichsweise leise Revier- und Balzgesänge auf und sind daher gegenüber Umgebungslärm empfindlich. Knapp nördlich der Eignungszone wurden zahlreiche Rupfungsfunde und Gewölle des **Uhus** gefunden (Abbildung 9), und am 31. Mai wurde vom Ornithologen Peter Luber ein Jungvogel bestätigt (Abbildung 9). Der Horst liegt etwa 700 m von der Eignungszone entfernt.

Das Gebiet der Eignungszone und seine unmittelbare Umgebung (500-m-Puffer) weisen eine bemerkenswerte enge Verzahnung naturschutzfachlich wertvoller Lebensräume auf: a) sehr naturnahe Wälder in steiler Berghanglage (Abbildung 10), b) extensive Weiden, einschließlich geschützter Pflanzen wie der Trollblume und diverser Orchideen (Abbildung 11), mit langen Randlinien zum bewaldeten Umland und Waldinseln, c) zahlreiche solitäre Laubbäume (Abbildung 12) mit Baumhöhlen für nistende Vögel, d) Quellmoore, Rinnsale und Nassstellen.

Damit weist das Gebiet eine überdurchschnittlich **hohe Habitatevernünftigung** für eine Vielzahl botanischer Artengruppen auf, insbesondere für geschützte und seltene Pflanzen an Nass- und Trockenstandorten sowie für extensiv bewirtschaftete, nicht überdüngte Weiden.

Zoologisch ist das Gebiet für spezialisierte Insekten, die auf diese Sonderstandorte angewiesen sind, besonders attraktiv. Daraus folgt, über die Nahrungskette, ein hoher Wert des Gebietes für insektenfressende Vögel (u.a. Spechte wie der **Schwarzspecht** (Abbildung 13), **Grauspecht**, **Grünspecht** (Abbildung 14) und **Weißrückenspecht** (Abbildung 15), **Baumfalke** und **Wiedehopf**) sowie für Fledermäuse und Raubvögel (**Sperber** (Abbildung 15), **Turmfalke**) und Eulen (**Sperlingskauz**), die sich in ihrer Nahrung auf Kleinvögel und Kleinsäuger spezialisiert haben und im Gebiet nachweisbar sind.



Abbildung 10: Naturnaher Bergmischwald am Steilhang am Rande der designierten Eignungszone



Abbildung 11: Trollblume und Knabenkraut-Orchidee in der Eignungszone 2016



Abbildung 12: Solitärer Bergahorn links und solitäre Rotbuche auf Weide in der Eignungszone 2026



Abbildung 13: Schwarzspecht (Anhang I, VSR) an der Bruthöhle, Eignungszone 2016.



Abbildung 14: Grünspecht und Grauspecht (Anhang I-Art) in der Eignungszone 2026



Abbildung 15: Sperber mit von ihm erbeutetem Dreizehenspecht (Anhang-I-Art VSR) in der geplanten Eignungszone 2026

Die Vogelschutzrichtlinie²³ führt in Artikel 4 aus, dass für die in Anhang I der Richtlinie explizit genannten Vogelarten besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden sind.

Im Gebiet der geplanten Eignungszone betrifft dies folgende 10 Arten, die hier als Brutvögel vorkommen:

- Wespenbussard
- Haselhuhn
- Auerhuhn
- Uhu
- Sperlingskauz
- Raufußkauz
- Grauspecht
- Schwarzspecht
- Dreizehenspecht
- Heidelerche

²³ Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten

Für drei weitere Anhang-I-Arten ist die Präsenz in der Eignungszone gegeben, eine Brut ist möglich, aber bislang nicht bestätigt:

- Schwarzstorch
- Steinadler
- Wanderfalke

Die hier anzutreffende Gemengelage (Abbildung 16 und Abbildung 17) aus sehr naturnahen und unzugänglichen Waldbereichen, langen Waldrändern und artenreichen Wiesen weist das Gebiet auch als potenziellen **Wildkatzenlebensraum** aus²⁴ (bislang wurde hierzu kein Monitoring durchgeführt).



Abbildung 16: Blick von der Schafferalm nach Norden auf die geplante Eignungszone östlich des Steinecks



Abbildung 17: Blick auf die Eignungszone entlang des Höhenrückens östlich vom Steineck

²⁴ Kranz, A. & Mateos González, F. 2026: Wildkatzenforschung – Studie zur Habitatnutzung der Europäischen Wildkatze im Gebiet des Nationalparks Thayatal. Endbericht, 47 Seiten.

Naturerfahrung durch sanften Tourismus

Der Höhenrücken vom Steineck ostwärts und das südlich angrenzende, von Weideflächen, Waldinseln und markanten Einzelbäumen geprägte Tal des Preßnitzgrabens haben einen besonderen Reiz für Erholungssuchende. Das Gebiet weist bislang keinerlei Beeinträchtigung durch Überlandleitungen, größere asphaltierte Straßen, Steinbrüche oder andere anthropogene Eingriffe auf. Das Gebiet ist vom Lärm des Mur- und Liesingtales völlig abgeschirmt. Die gut frequentierten Wanderwege und die zahlreichen Bänke entlang dieser Wege belegen, dass das Gebiet von Erholungssuchenden sehr gerne genutzt wird.



Abbildung 18: Gut frequentierte Wanderwege und Bänke für Erholungssuchende verweisen darauf, dass das Gebiet wegen seiner landschaftlichen Schönheit sehr geschätzt wird.

Vermeidung negativer Auswirkungen von WKAs im Betrieb

Um dem aktuellen Stand der Wissenschaft Genüge zu tun, wird hier auf eine erst im Mai 2026²⁵ veröffentlichte Studie verwiesen. Sie bietet demnach den aktuellsten Überblick über Maßnahmen zur Verringerung der Mortalität vor allem von Vögeln und Fledermäusen in den Umgebungen von Windkraftwerken. Die dargestellten Erkenntnisse stammen aus der Fachliteratur, wissenschaftlichen Artikeln, internationalen Methoden und Fallstudien, insbesondere aus europäischen Ländern, aber auch aus den USA:

Im Falle von Windkraftanlagen stellt das Sterben wildlebender Tiere, insbesondere von Vögeln und Fledermäusen, aus Sicht des Naturschutzes ein erhebliches Problem dar. Dies geschieht zum einen durch direkte Kollisionen mit den rotierenden Teilen der Turbine, bei Fledermäusen zudem durch sogenanntes Barotrauma, d. h.

²⁵ Amador C. et al 2026: <https://bibliografie.nature.cz/soubor/XvA2QaXwxQ7foQ1C>

Gewebeschäden, die durch plötzliche Luftdruckänderungen in der Umgebung des Rotors verursacht werden.

Neben der direkten Sterblichkeit von Vögeln und Fledermäusen können Windkraftanlagen auch andere Tiergruppen beeinträchtigen. Der Bau von Turbinen, Zufahrtsstraßen und der dazugehörigen Infrastruktur kann zu einer Fragmentierung des Lebensraums, einer Beeinträchtigung der Migrationsdurchlässigkeit der Landschaft sowie zum Verlust oder zur Einschränkung geeigneter Lebensräume führen. Diese Auswirkungen können unter anderem bei Arten, die ausgedehnte Gebiete nutzen oder über größere Entfernungen wandern, wie beispielsweise bei Großbrautieren, erheblich sein. Eine bedeutende Rolle kann auch der Störungseffekt während des Baus und des Betriebs der Kraftwerke spielen, der dazu führt, dass Tiere bestimmte Standorte meiden oder ihr räumliches Verhalten ändern.

Nachfolgend sind die wichtigsten Maßnahmen zur Minderung der negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf gefährdete Arten aufgeführt:

1. Die Standortwahl vor Baubeginn bildet die Grundlage für alle nachfolgenden Maßnahmen zur Auswirkungsminderung. **Ziel sollte es sein, sensible Gebiete, bekannte Migrationskorridore und Nistgebiete empfindlicher Arten zu meiden. Eine strategische Standortwahl kann das Kollisionsrisiko im Vergleich zu ungeeigneten Anlagen um mehrere Größenordnungen senken und gleichzeitig helfen, zusätzliche Kosten für die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zu vermeiden, die bei einer ungeeigneten Standortwahl erforderlich wären.**

2. Wenn der Bau eines Kraftwerks bestimmte wildlebende Tiere gefährdet, können sogenannte Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen werden, um das Risiko ihrer Verletzung oder ihres Todes zu verringern.

2.1. Zur Verringerung der Fledermaussterblichkeit erweisen sich Betriebsbeschränkungen bei niedrigeren Windgeschwindigkeiten, die sogenannte Cut-in-Speed (d. h. die Turbinen werden erst bei höheren Windgeschwindigkeiten in Betrieb genommen, wenn die Aktivität der Fledermäuse abnimmt), oder saisonale Stilllegungen (z. B. das Abschalten der Turbinen während der Fledermaus-Wanderungszeit) als die wirksamsten Maßnahmen. Eine effektiv eingestellte Betriebsbeschränkung senkt die Sterblichkeitsrate um 60 bis 85 %. Die wirtschaftlichen Verluste werden auf 0,5 bis 3 % der jährlichen Energieproduktion geschätzt. Zu den ausgefeilteren Ansätzen gehört der Einsatz prädiktiver automatischer Algorithmen, die Temperatur, Windgeschwindigkeit und Wetterdaten in Echtzeit einbeziehen, sodass eine Betriebsbeschränkung nur dann erfolgt, wenn die Bedingungen für eine hohe Fledermausaktivität gegeben sind. Eine weitere Schutzmaßnahme für diese Tiergruppe sind akustische Abschreckvorrichtungen. Bisherigen Studien zufolge weisen diese jedoch eine

schwankende Wirksamkeit auf, die vom Artenspektrum der Fledermäuse und den konkreten Bedingungen abhängt. Diese Maßnahme wird daher nicht als vollwertige Alternative zur Einschränkung des Turbinenbetriebs angesehen.

2.2. Bei Vögeln kommen Kamerasysteme zum Einsatz, die künstliche Intelligenz nutzen, um sich nähernde Vögel zu identifizieren, und die Turbinen innerhalb von 35 bis 43 Sekunden automatisch abschalten. Feldstudien belegen eine Verringerung der Sterblichkeit von Steinadlern, Seeadlern und Geiern um 50 bis 85 % in Anlagen, die diese Systeme einsetzen. Die Erkennungstechnologien stoßen jedoch auf erhebliche Einschränkungen. Kleinere, schneller fliegende Arten werden möglicherweise nicht in ausreichender Entfernung erkannt, um eine wirksame Reaktion zu ermöglichen. Erkennungssysteme funktionieren daher am besten bei großen Raubvögeln in Gebieten mit bekannt hohem Kollisionsrisiko, sollten jedoch nicht als universelle Lösung angesehen werden. Eine weitere Schutzmaßnahme für Vögel kann der Einsatz von visuellen Sichtbarkeitshilfen sein, wie z. B. das Bemalen von Rotorblättern. Es gibt nicht viele Studien zu dieser Maßnahme, und die Ergebnisse sind unterschiedlich. In Smøla (Norwegen) reduzierte das Bemalen eines Rotorblatts mit schwarzer Farbe die Vogelsterblichkeit um 70 %, wahrscheinlich aufgrund der verbesserten Sichtbarkeit des Rotorblatts. Versuche in den Niederlanden ergaben jedoch keine Wirkung, wahrscheinlich aufgrund optischer Unterschiede im Hintergrund des Rotors (Farbe des Himmels) oder einer unterschiedlichen Artenzusammensetzung. In Südafrika senkten Rotorblätter mit roten Streifen die Sterblichkeit von Raubvögeln um bis zu 86 %.

Verhandlungen über die Koexistenz

Konflikte wegen des Naturschutzes sind allgegenwärtig und beschränken sich nicht auf Konflikttierarten wie Wolf und Tiger, sie ergeben sich auch aus unterschiedlichen Nutzungsansprüchen auf Gebiete. Im gegenständlichen Fall konkurrieren Ansprüche des Naturschutzes und der Energiegewinnung aus der Windkraft um eine Fläche. Der professionelle Umgang mit solchen Konflikten, deren Abmilderung auf ein für alle Seiten akzeptables Maß und die daraus abzuleitende Koexistenz sind vergleichsweise junge Disziplinen im Arten-, Biodiversitäts- und Naturschutz (<https://www.hwctf.org/>). Mit fortschreitender und intensiver multipler Nutzung des Raums zu menschlichen Zwecken ist in dieser Disziplin ein ganz zentrales Instrument des Naturschutzes der Zukunft zu sehen.

Im gegenständlichen Fall haben sich vor über 10 Jahren Grundbesitzer im Nahbereich der designierten Eignungszone dazu entschlossen, auf ihrem Grund und Boden dem Naturschutz den Vorrang gegenüber der Energiegewinnung aus Windkraft einzuräumen.

Sie sehen nun ihre Bemühungen u. a. zur Sicherung eines überregional bedeutsamen Zugvogelkorridors gefährdet.

Viele der Grundbesitzer und Anrainer der designierten Eignungszone wurden erst unmittelbar vor oder durch die Veröffentlichung des gegenständlichen Verordnungsentwurfs darüber informiert, dass hier nicht nur eine Eignungszone ausgeschieden werden soll, sondern dass auch konkrete Pläne für die Errichtung von mehreren Windkraftanlagen seit Jahren vorliegen und entsprechende Vorerhebungen laufen.

Die professionelle Konfliktforschung weist darauf hin, dass bei der Planung alle betroffenen Parteien gleichermaßen zu informieren sind. Diese Wissenschaft macht auch unmissverständlich klar, dass es zu erheblichen Kosten führt, wenn man allfällige Konflikte ignoriert. Fairness und die Hebelwirkung von Macht (auch, aber nicht nur, über Politik und Behörden) sind weitere wesentliche Elemente, die für eine nachhaltige Koexistenz unerlässlich sind.²⁶

²⁶ Zimmermann A & McQuinn B 2026. Negotiating coexistence. The art and science of resolving conflicts in conservation. Oxford University Press. 132 Seiten.

Gutachten

Koexistenz und Konflikt

Sachprogramme wie das Gegenständliche zur Windenergie sollten anhand objektiver Kriterien und unter fairer Gleichbehandlung aller Stakeholder Konflikte im Vorfeld verhindern oder zumindest minimieren. Im Falle der designierten Eignungszone Steineck-Kammern ist dies offensichtlich nicht gelungen, wie die Bemühungen der Bürgerinitiative Kammern im Liesingtal nahelegen.

Bürger der betroffenen Gemeinden, insbesondere aber direkt von der designierten Eignungszone betroffene Grundeigentümer und unmittelbar betroffene Anrainer, haben erst jüngst von den Planungen des Landes erfahren.

Im Gegensatz dazu arbeitet das Land seit Jahren mit potenziellen Projektwerbern intensiv zusammen. Aus den der Gemeinde Kammern zur Verfügung gestellten Unterlagen geht hervor, dass unterschiedliche Vorarbeiten bereits seit Jahren im Gange sind, und die konkrete Planung für die Errichtung von Windkraftanlagen ist weit fortgeschritten.

Im gegenständlichen Fall hat dieser Konflikt eine ausgesprochene Naturschutzdimension; erstens wegen der Grundbesitzer, die sich aktiv in das Naturschutzgebiet XXI eingebracht haben, und zweitens wegen jener Grundbesitzer in der designierten Eignungszone, die dort seit Jahren wirtschaftlich im sanften Naturtourismus tätig sind, der mit Windkraftanlagen absolut unvereinbar wäre.

Offensichtlich liegt hier keine faire Gleichbehandlung der Betroffenen vor. Seitens des Landes bzw. der mit ihnen kooperierenden Projektwerber ist man dabei, seine Macht auszunutzen und in die Falle der „Gewinner-Verlierer“-Denkweise zu geraten. Dies untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Verwaltung und führt à la longue zu einer Vertiefung und Institutionalisierung des Konflikts mit **absehbar negativen Rückkopplungseffekten**.

Vermeidung negativer Auswirkungen

Es liegt nicht im Rahmen dieses Gutachtens, Maßnahmen zur Vermeidung umfassend zu diskutieren. Die Ausführungen zur Vermeidung negativer Auswirkungen im Befundkapitel betreffen nur die Betriebsphase, fokussieren sich auf die Vermeidung von artenschutzrelevanten Tötungen und behandeln die Raufußhuhnproblematik nicht, da sie für Tschechien nicht relevant ist.

Sie wurden von der tschechischen Naturschutzbehörde erstellt und sind ein gutes Beispiel dafür, wie mit der Problematik negativer Auswirkungen auf den Artenschutz umgegangen werden kann. Sie stammen aus einem Land, in dem die Errichtung von Windkraftanlagen noch am Anfang steht.

Die tschechische Behörde bringt hier unmissverständlich zum Ausdruck, dass die **Standortwahl die effektivste und zugleich kosteneffizienteste** Herangehensweise ist, um negative Auswirkungen auf die Tierwelt zu verhindern und Konflikte mit dem Artenschutz zu vermeiden.

Die Standortwahl bildet die Grundlage für alle nachfolgenden Minderungsmaßnahmen. Die Vermeidung von Standorten in Schutzgebieten, bekannten Migrationskorridoren und Brutgebieten von Greifvögeln, Eulen und Raufußhühnern beugt Konflikten vor, noch bevor der Bau beginnt. Eine strategische Standortwahl kann das Kollisionsrisiko im Vergleich zu schlecht gelegenen Anlagen um ein Vielfaches reduzieren, was sie zur kosteneffizientesten Minderungsstrategie macht.

Daraus folgt ohne weitere Einschränkung, dass **das Gebiet hier nicht als Eignungszone für Windkraftanlagen in Frage kommt.**

Wertschätzung unberührter Natur durch Erholungsuchende

Die nahegelegenen Täler der Mur und Liesing sind durch verschiedene Infrastruktureinrichtungen stark belastet, und dies gilt insbesondere für den dicht bebauten Siedlungsraum zwischen St. Michael und Bruck an der Mur. Die Menschen haben ein Bedürfnis nach Naturerlebnissen, das sie hier quasi vor der Haustür in einem versteckten Graben und angrenzenden Höhenrücken finden; anhand der KFZ-Kennzeichen (Wien, Graz und Umland dieser Städte) an den Parkplätzen im Graben wird allerdings schnell ersichtlich, dass das Gebiet auch überregional bekannt und beliebt ist. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil das Gebiet landschaftlich besonders reizvoll ist und durch die solitären Laubbäume einen besonderen Charakter erhält, der in dieser Art erst wieder in den Schachten des Nationalparks Bayerischer Wald²⁷ zu erleben ist.

Naturerlebnis ist nicht nur ein Grundbedürfnis urban geprägter Mitteleuropäer, sondern auch eine Grundvoraussetzung für den Naturschutz. Vergraut man den Menschen hier die Erholung durch einen Windpark, hat dies zumindest mittelbare negative Auswirkungen auf den Naturschutz, das Verständnis für Rücksichtnahme, die Ausweisung von Schutzgebieten und die Investition in Querungshilfen wie jene über die S36 bei Kraubath. Und umgekehrt: Werden hier keine Windkraftanlagen gebaut, kann hier besonders erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz sowie für eine

²⁷ https://pages.et4.de/de/nationalpark-bayerischerwald/streaming/detail/POI/p_100037550/hochschachten

maßvolle und nachvollziehbare Energiestrategie und -planung des Landes betrieben werden. Sanfter Tourismus ist, wie hier besonders schön zu sehen, untrennbar mit Naturschutz verbunden.

Aus der hier seit Jahrzehnten gelungenen Symbiose und Synthese von sanftem Tourismus und gelebtem, wenn auch nicht verordnetem Naturschutz folgt zwangsläufig, **dass das Gebiet mit einer Eignungszone für Windkraftanlagen unvereinbar ist.**

Habitate und Biodiversität in der Eignungszone

Die Kammlage rund um das Steineck und östlich davon weist eine enge Verzahnung von Wald- und Weidestandorten auf. Diese historisch gewachsene Kulturlandschaft hat auch für Erholungssuchende ihren besonderen Reiz; naturschutzfachlich herausragend ist jedoch die daraus resultierende Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen.

Die landeseigene BOKU-Studie von 2025 macht den hohen Wert des Gebietes für das Auerhuhn im Kontext der gesamten Steiermark deutlich. Daraus ergibt sich auch die strategische Lage als Brückenkopf zur Vernetzung benachbarter Vorkommen, der räumlich festgelegt ist; die Tiere können nicht nach Süden ausweichen, ohne dabei den Korridor zu verlassen. Unter anderem deshalb wird damit die Eignungszone zum faktischen Vogelschutzgebiet im Sinne der EuGH-Urteile.

In nur wenigen Lokalaugenscheinen im Mai 2026 wurden zweifelsfreie Hinweise auf Brutnachweise von 10 Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie gefunden. Ihr Vorkommen verdeutlicht, dass das Gebiet in seiner Lage und Ausformung für die Vögel sehr wertvoll ist.

In Artikel 4 dieser Richtlinie heißt es ausdrücklich, dass besondere Schutzmaßnahmen für die Lebensräume der Anhang-I-Arten anzuwenden sind.

Als besondere Schutzmaßnahmen sind jedenfalls nicht Maßnahmen zu verstehen, die gravierende Auswirkungen der Windkraftanlagen samt ihren Zuwegungen und Ableitungen reduzieren oder Habitatverbesserungen in einem ohnehin hochwertigen Lebensraum vorschreiben. Besonderer Schutz bedeutet zuallererst, das Gebiet von technischen Großprojekten zu verschonen.

Das Gebiet der Steineck-Kammern ist daher **für eine Eignungszone nach der gegenständlichen Verordnung des Landes nicht geeignet.**

Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere

Wie aus Plänen und Dienstanweisungen von Bund und Land hervorgeht, ist bekannt, dass im Großraum der designierten Eignungszone ein überregional bedeutsamer Korridor für terrestrische Wirbeltiere verläuft. Der Bund veranlasst die ASFINAG AG zu einer nicht unerheblichen Investition durch die Nachrüstung einer Wildquerungshilfe

über die S36 bei Kraubath. Die östlichen Ausläufer der Niederen Tauern sind der Bereich, in dem sich die Wildtiere der Murtalquerung annähern, dieser Bereich wird auch zum Warteraum, bevor die Querung erfolgt; in diesem Warteraum befindet sich die designierte Eignungszone, die darauf angelegt ist, die Errichtung partout solcher technischer Großprojekte in diesen Raum zu lenken. Gerade im Frühstadium der strategischen Planung zukünftiger Windparks sollten derartige sensible Bereiche als Windkraft-Ausschlusszonen definiert werden, um den schon viel länger formulierten Zielen der Gesellschaft zu entsprechen. **Die Verordnung einer Eignungszone für die Windkraftnutzung ist in diesem Gebiet daher unangebracht.**

Überregional bedeutsame Zugvogelroute

Die im Bereich der designierten Eignungszone verlaufende Zugvogelroute ist in der Steiermark von beispielloser Bedeutung, und deren Missachtung hat unmittelbare Implikationen für zahlreiche internationale Verpflichtungen und erscheint vor dem Hintergrund der angeführten EuGH-Urteile höchst problematisch. Die Studie Kranz et al, (2024)²⁸ belegt, dass das Zugvogelaufkommen hier höher ist als an 20 anderen landesweit im Auftrag des Landes untersuchten Studie²⁹. Damit ist klar, dass es sich hier um eines der besten geeigneten Gebiete handelt, die gemäß EuGH C-3/96 als SPA auszuweisen wären und jedenfalls wie ein faktisches Vogelschutzgebiet zu behandeln sind

Sachprogramme wie jenes für die Windkraft hätten genau die Aufgabe, auf solche Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen. An dieser Stelle darf nochmals auf die Herangehensweise der tschechischen Naturschutzbehörde verwiesen werden, nämlich darauf, dass eine saubere Planung besser ist als alle dann getroffenen Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen; darüber hinaus wäre dies deutlich kosteneffizienter.

Die hier verlaufende international bedeutsame Zugvogelroute erfordert daher, **das Gebiet großflächig als Ausschlusszone für Windkraftanlagen zu definieren.**

Gefährdung der Ziele des Naturschutzgebietes XXI

Die Nähe des landeseigenen Naturschutzgebiets ist erschreckend, und die Befundlage seitens des Amtssachverständigen des Landes wiegt schwer. Am Herbstzug müssen die Zugvögel zuerst durch den mit Rotoren gespickten Luftraum fliegen, nicht selten

²⁸ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

²⁹ Linhart, W., Trautner, J., Ludwig, T., Ludwig, L. & Borowsky, M. (2018): Studie zum herbstlichen Greifvogelzug in der Steiermark. Kofler Umweltmanagement. – Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Referat Naturschutz, 1-103.

kreisend, um dort am Hang die Thermik zu nutzen, um dann das für sie vorgesehene Naturschutzgebiet zu erreichen.

Es ist unverständlich, warum in einem strategischen Planungsprozess des Landes eine Windpark-Eignungszone partout in den funktionalen Wirkraum eines von ihm selbst ausgewiesenen Naturschutzgebietes stellen will.

Im gegenwärtigen Stadium einer langfristigen Weichenstellung, in der künftig in der Steiermark erneuerbare Energien durch Windkraft erzeugt werden sollen, ist die Umgebung dieses Naturschutzgebiets zweifelsfrei **als Ausschlusszone auszuweisen**.

Key Biodiversity Area

Die designierte Eignungszone liegt vollständig in einem Schlüsselgebiet der Artenvielfalt von globaler Relevanz. In ganz Österreich gibt es von derart eingestuft Gebieten nur vier und in eines davon will das **Land Steiermark ohne Not und Grund die Errichtung von Windkraftanlagen lenken?**

IBA und SPA

Die designierte Eignungszone ist von BirdLife als Important Bird Area (IBA) ausgewiesen und ein Teil dieses viel größeren IBAs ist auch ein Europaschutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA). Die sechs EuGH-Urteile sind hier für die Interpretation von IBA und SPA von besonderer Relevanz.

EuGH, C-3/96, 1998

Der Europäische Gerichtshof hat im Urteil **C-3/96** ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten die für den Schutz der relevanten Vogelarten **zahlen- und flächenmäßig am geeignetsten Gebiete** zu Schutzgebieten zu erklären haben. Zugleich hat der Gerichtshof anerkannt, dass ein IBA-Verzeichnis zwar nicht rechtlich verbindlich, aufgrund seines wissenschaftlichen Wertes aber als Bezugsgrundlage heranzuziehen ist, sofern keine besseren gegenteiligen wissenschaftlichen Beweismittel vorliegen.

Aus dieser Rechtsprechung folgt für das vorliegende strategische Planungsverfahren zwar kein automatisches Verbot der Nutzung von Windenergie in einem IBA. Sehr wohl folgt daraus aber, dass ein IBA in der raumordnerischen Standortsteuerung nicht ohne besonders tragfähige und fachlich belastbare Begründung als positiver Eignungsstandort abgesichert werden darf.

Die Befunde zum Naturschutzgebiet XXI, das unmittelbar neben der designierten Eignungszone, aber gänzlich außerhalb des SPA liegt, legen den Schluss nahe, dass hier nicht die flächenmäßig geeignetsten Gebiete zum SPA erklärt wurden. Die 2019 hier nachgewiesene überregionale Zugvogelroute ist ein weiterer Beleg dafür, dass hier Gebiete weder im Sinne der Vogelschutzrichtlinie noch im Sinne des Urteils C-3/96

geschützt werden. Die Lokalausweise 2026 in der Eignungszone belegen, dass nicht nur Zugvögel, allesamt auch Schutzgüter des Europaschutzgebietes 38 (SPA), sondern auch Anhang I-Arten, ebenfalls Schutzgüter des benachbarten SPA, vorkommen und hier wie am Beispiel des Auerhuhns (BOKU-Studie) dokumentiert, eine kritische Verbreitung aufweisen, die zur Vernetzung von überregionaler Bedeutung sind.

Damit liegen mehrere unabhängige wissenschaftlich fundierte Belege vor, wonach die Größe des derzeitigen Europaschutzgebietes 38 (SPA) zu klein ausgewiesen ist und **den unionsrechtlichen Erfordernissen nicht entspricht**.

Eine Argumentation für die Eignungszone, die darauf abzielte, das IBA bzw. SPA wäre ohnehin groß genug und es bedürfe nicht der Flächen der designierten Eignungszone, erkennt, dass weder die Zugvögel noch die Anhang-I-Arten auf ihrem Brückenkopf, der hier essentiell für den Populationsaustausch ist, die Möglichkeit haben, auszuweichen.

Das Urteil **C-3/96** kommt weiters zu dem Schluss, dass die Verpflichtung zum Ausweis solcher Schutzgebiete nicht durch andere Schutzmaßnahmen umgangen werden kann und dass **wirtschaftliche Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung** solcher Gebiete nicht maßgeblich sein dürfen. Die Standortwahl muss die Grundlage aller weiteren Vermeidungsmaßnahmen bilden und sensible Gebiete, bekannte Migrationskorridore sowie Brutgebiete empfindlicher Arten möglichst meiden (siehe die Strategie der tschechischen Naturschutzbehörde aus dem Jahr 2026). Damit wird für den gegenständlichen Raum gerade bestätigt, dass die Konfliktvermeidung primär **durch planerische Ausscheidung ungeeigneter Standorte** zu erfolgen hat und nicht erst durch nachgelagerte Betriebsauflagen oder technische Minderungsmaßnahmen.

Dies deckt sich auch mit der vom Rechnungshof [rechnungshof.gv.at] eingeforderten methodisch nachvollziehbaren Berücksichtigung von Schutzgebieten und Ausschlusskriterien bereits auf der Ebene des Entwicklungsprogramms. **Eine strategische Raumplanung, die konfliktträchtige Standorte als Eignungszonen sichert, verfehlt ihre Steuerungsfunktion.**

EuGH, C-166/97, 1999

Das Urteil verlangt u.a. für ein Vogelschutzgebiet einen rechtlichen Schutzstatus, der geeignet ist, das Überleben und die Vermehrung der Anhang-I-Arten sowie die Nutzung durch regelmäßig auftretende Zugvögel sicherzustellen. Die für das Europaschutzgebiet 38 verordneten Maßnahmen und Verbotstatbestände reichen sicher nicht aus, um diesen EuGH-Vorgaben zu entsprechen³⁰; das Naturschutzgebiet XXI entspricht hier mit den Naturwaldzellen, dem Einzelschutz von Nistbäumen und dem Verbot technischer Anlagen, insbesondere Windkraftanlagen, schon deutlich mehr, ist aber, wie das

³⁰ Siehe dazu auch das EuGH C-66/23

Beispiel der designierten Eignungszone beweist, deutlich zu klein dimensioniert, um diesen Schutzansprüchen effektiv gerecht zu werden.

Nach diesem EuGH-Urteil darf die Konfliktlage nicht dadurch relativiert werden, dass die betroffene Fläche nicht vollständig als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen ist oder dass spätere Projektverfahren, allgemeine Vorgaben oder sonstige Schutzmechanismen allfällige Defizite ausgleichen könnten. Nach dieser EuGH-Rechtsprechung wäre vielmehr bereits auf der Ebene der strategischen Standortausweisung darzulegen, warum gerade diese Fläche trotz ihrer ornithologischen Relevanz nicht zu den besonders schutzwürdigen Teilräumen zählt. In Anbetracht der hier lebenden Arten und der Lebensraumfunktionen ist die Schutzwürdigkeit bereits unter Beweis gestellt.

EuGH, C-374/98, 2000

Wesentliche Aspekte dieses Urteils wurden bereits bei den vorgenannten behandelt. Es wird betont, dass eine fehlende formale Ausweisung den Schutzstandard nicht absenken darf. Gerade weil die geplante Eignungszone vollständig in einem IBA liegt, darf die fehlende formale SPA-Ausweisung einzelner Teilflächen nicht dazu führen, dass das Gebiet als weniger konfliktträchtig behandelt wird. Da das Gebiet Brut-, Zug- und Lebensraumfunktionen für zahlreiche relevante Vogelarten aufweist, muss die Planung den **höheren fachlichen Konfliktmaßstab** zugrunde legen. Eine hier positive Standortausweisung ohne nachvollziehbare, wissenschaftlich belastbare Entkräftung der IBA-Relevanz wäre daher mangelhaft.

EuGH, C-388/05, 2007

Auch in diesem Urteil werden Aspekte behandelt, die bereits abgehandelt wurden, so auch eine besonders tragfähige Begründung für eine Postivausweisung, die hier allerdings seitens des Landes fehlt. Nachdem die für das Gebiet der Eignungszone Steineck-Kammern vorliegenden ornithologischen Daten auf mehreren Untersuchungen beruhen und verschiedene Aspekte (Zugvögel, Anhang-I-Arten, Korridor) abdecken, wiegt gemäß dieser EuGH-Entscheidung die IBA-Ausweisung besonders schwer.

Das Urteil äußert sich hier weiters dezidiert zur Beeinträchtigung der Lebensräume und Belästigung bzw. Störung von Vögeln, die mit Windkraftanlagen einhergehen. Es ginge hier um Lebensraumverluste durch die Anlagen, Kranstellflächen und Ableitungen, die Störung empfindlicher Brutvogelarten wie des Haselhuhns, die Störung von Rastvogelarten wie der Waldschnepfe oder dem Wespenbussard und die Beeinträchtigung von Zug- (Rohrweihe etc.) oder Nahrungsräumen (Auerhuhn). Diese negativen Auswirkungen müssten bei der Vorhabensrealisierung alle eingepreist werden, was darauf hinausläuft, dass die sorgfältige Standortwahl der zu wählende Zugang wäre und nicht eine Eignungszone, sondern eine Ausschlusszone vom Land ausgewiesen werden müsste.

EuGH, C-141/14, 2016

Dieses Urteil trifft die Bedingungen der geplanten Eignungszone Steineck-Kammern (IBA, Windkraftprojekt und unzureichende Ausweisung von Schutzgebieten) am besten und zeigt, was zu erwarten ist, wenn von der Eignungszone nicht Abstand genommen wird und Betroffene Rechtsmittel bedarfsweise bis zum EuGH ergreifen.

Ergänzend wird deutlich, dass bereits die Gefahr einer erheblichen Störung oder die Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung des Lebensraums ausreicht; diese Aspekte müssen nicht eingetreten sein, um rechtlich relevant zu sein.

Weiters führt das Urteil aus, dass bei solchen Problemstellungen kumulative Effekte ein Pflichtprogramm darstellen müssen. Hier wären nicht nur der bestehende Windpark in Oberzeiring, sondern auch die geplanten Eignungs- und Vorrangzonen zu berücksichtigen.

EuGH C-66/23, 2024

Nach dieser EuGH-Erkenntnis müssen für besondere Schutzgebiete individuelle Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen für **alle** relevanten Anhang-I-Arten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und ihre Lebensräume festgelegt werden.

Im gegenständlichen, zusätzlich flächenmäßig unzureichend ausgewiesenen Europaschutzgebiet 38 ist dies nicht der Fall. Es fehlen Maßnahmen für die Raufußhuhnarten (Auerhuhn, Birkhuhn, Haselhuhn und Alpenschneehuhn), den Uhu und den Wanderfalke sowie deren Lebensräume sowie für alle 16 hier als Schutzgut angeführten regelmäßigen Zugvögel.

Zudem ändert die Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen nach der UVP-Richtlinie nichts an der Reichweite der Verpflichtungen aus der Vogelschutz- und Habitatrichtlinie; eine UVP ersetzt oder verringert diese materiellen Naturschutzpflichten nicht. Die Festlegung einer Eignungszone kann daher nicht damit gerechtfertigt werden, dass Konflikte später im UVP- oder Genehmigungsverfahren gelöst würden. Wenn – wie im Gebiet – zehn Anhang-I-Arten als Brutvögel vorkommen und für weitere Arten eine Präsenz mit möglicher Brut besteht, wenn das Gebiet von diversen Zugvögeln regelmäßig genutzt wird, dann muss die planerische Behandlung des Standortes sämtliche relevanten Arten und ihre Lebensräume erfassen und darf die Betrachtung nicht auf einzelne Teilaspekte oder „Leitarten“ verkürzen, wie dies z.B. durch die bloße Erfassung des Zugeschehens des Wespenbussard und die Ignorierung der Rohrweihe der Fall wäre³¹.

³¹³¹ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

Integrative Beurteilung der Teilaspekte und Schlussfolgerungen

Das gegenständliche Gutachten liefert für eine Einwendung eine ungewöhnlich dichte standortbezogene Tatsachengrundlage.

Die geplante Eignungszone liegt vollständig in einem IBA und einem KBA; das IBA „Niedere Tauern“ ist in Österreich von regionaler Bedeutung, die KBA „Niedere Tauern“ sogar von globaler Bedeutung. Der Verordnungsentwurf sieht einzig im IBA der Niederen Tauern eine Eignungszone vor. Für die konkrete Konfliktsituation ist außerdem relevant, dass die Eignungszone nur etwa 500 m vom landesrechtlich ausgewiesenen Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern Ostausläufer“ entfernt liegt. In der Eignungszone wurden binnen kürzester Zeit zehn Anhang-I-Arten dokumentiert und sie weist eine hohe Vielfalt hochwertiger Lebensräume auf.

Besonders schlagkräftig wird das Gutachten durch das Aufzeigen der hier vorliegenden regionalen und überregionalen **funktional-ökologischen Zusammenhänge**. Hier befinden sich eine überregionale Zugvogelroute, ein überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere sowie ein Brückenkopf für Waldvogelarten wie das Auerhuhn zur Vernetzung der Vorkommen beiderseits des Murtals.

Das Gebiet der designierten Eignungszone hat demnach mit seiner Lage in dem IBA Niedere Tauern eine kritische Lage, die nicht durch andere Bereiche des IBA substituiert werden kann und wird dadurch zum faktischen Vogelschutzgebiet (EuGH, C-3/96, EuGH C-166/97, EuGH C-141/14). Das Gebiet ist daher auch ohne offizielle Ausweisung wie ein Schutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA) zu behandeln.

Da Eignungszonen Standorte sind, an denen ein „regionales öffentliches Interesse“ an der Errichtung von Windenergieanlagen besteht dienen sie der Standortsicherung, wobei die konkrete Widmungsfestlegung auf örtlicher Ebene erfolgen muss. Die Ausweisung als Eignungszone ist daher keine bloß abstrakte Kartendarstellung, sondern eine **positive standortbezogene Vorentscheidung**, die raumordnungsrechtlich ein regionales öffentliches Interesse am Standort dokumentiert. Gerade deshalb muss diese Vorentscheidung methodisch und naturschutzfachlich tragfähig sein, auch um spätere Verfahrensrisiken zu vermeiden.

Die Konfliktrichtigkeit der Eignungszone Steineck-Kammern besteht aus folgenden acht Themen:

1. Wegen der Habitate und der Biodiversität in der designierten Eignungszone.
2. Wegen der Gefährdung des benachbart gelegenen Naturschutzgebietes XXI.
3. Wegen der überregional bedeutsamen Zugvogelroute.
4. Wegen des überregional bedeutsamen Korridors für terrestrische Wirbeltiere.
5. Wegen der Unvereinbarkeit mit dem sanften Naturtourismus.

6. Wegen der Vernachlässigung der Konfliktvermeidung und der Koexistenz.
7. Wegen seiner Bedeutung als global bedeutendes Gebiet der Artenvielfalt.
8. Weil das Gebiet in einem faktischen Vogelschutzgebiet liegt.

Jeder dieser Aspekte für sich allein stellt die vorgesehene Eignungszone infrage. Bei integrierter Beurteilung ergibt sich noch folgende gewichtige Argumentation:

Das Ziel des gegenständlichen Sachprogramms ist der raumverträgliche Ausbau der Windenergie bei gleichzeitiger Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonierung. Aus der **eigenen Kontrolllogik des Landes** sind daher jene Standorte auszuscheiden, bei denen Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, terrestrische Korridore und das Vorkommen besonderer Arten auf ein hohes Konfliktpotenzial hindeuten.

Dieses Instrument „Zonierung zur Konfliktvermeidung“ verfehlt an diesem Standort offensichtlich sein Ziel. Raumplanerisch ist das entscheidend, weil eine Eignungszone gerade dort problematisch wird, wo sie nicht Konflikte vermeidet, sondern systematisch in einen bereits identifizierten Konfliktraum hineinlenkt. Die Argumentation richtet sich daher nicht gegen die Windenergie, sondern gegen die raumordnerische Eignungswidmung dieses konkreten Standortes.

Es wird daher vorgeschlagen:

- 1) Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern.
- 2) Erweiterung der Ausschlusszone auf die Fläche des IBA in den Gemeinden Kammern im Liesingtal, Traboch, St. Michael in der Obersteiermark, St. Stefan ob Leoben und Kraubath,
- 3) In eventu Erweiterung der Ausschlusszone auf einen 1-km-Puffer³² rund um das bestehende Europaschutzgebiet 38 (SPA Niedere Tauern).

³² Dies ist eine Experteneinschätzung; generell wäre es besser, dies fallbezogen entlang der Grenze des Europaschutzgebietes zu beurteilen und konkret abzuleiten, was aber den Rahmen dieses Gutachtens übersteigen würde.

Zusammenfassung

Ziel und Gegenstand

Das Gutachten bewertet die geplante Windkraft-Eignungszone Steineck-Kammern im Entwurf der Steiermärkischen Landesregierung zum Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026 aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht. Es wurde im Auftrag betroffener Grundeigentümer erstellt und mündet in Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf.

Zentrale Aussage

Die Kernaussage des Gutachtens lautet, dass die geplante Eignungszone Steineck-Kammern mit den naturschutzfachlichen Gegebenheiten des Gebiets nicht vereinbar ist und daher gestrichen werden sollte. Das Gutachten argumentiert ausdrücklich nicht generell gegen Windenergie, sondern gegen die raumordnerische Ausweisung dieses konkreten Standorts.

Wesentliche naturschutzfachliche Befunde

Die geplante Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area (IBA) und einer Key Biodiversity Area (KBA) der Niederen Tauern. Für die KBA wird eine globale Bedeutung hervorgehoben.

Zusätzlich liegt die Eignungszone in funktionaler Nähe zu mehreren Schutzgebieten. Besonders betroffen ist das Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern Ostausläufer“, dessen Rand nur etwa 500 Meter entfernt liegt.

Das Gutachten verweist außerdem auf eine 2019 bestätigte überregionale Zugvogelroute im Bereich des Hennerkogels im Naturschutzgebiet XXI des Landes. Die dort erhobenen Werte für Wespenbussard, Rohrweihe sowie Greif- und Großvögel sind außergewöhnlich hoch. Zugleich wird argumentiert, dass Zugvögel aus der nördlich vorgelagerten Eignungszone in genau jenen Luftraum einfliegen würden, der bei einer Realisierung von Windkraftanlagen durch den Rotorraum betroffen wäre.

Ein weiterer Befund betrifft die Funktion des Raums als überregional bedeutender Korridor für terrestrische Wirbeltiere. Das Gutachten stellt dazu einen Zusammenhang mit den seit Jahren bekannten Wildtierkorridoren sowie mit der geplanten Wildquerungshilfe über die S36 bei Kraubath her. Die geplante Eignungszone liegt in einem sensiblen „Warteraum“, der für Wildtiere vor der Querung von entscheidender Bedeutung ist.

Arten und Lebensräume

Das Gutachten beschreibt die Lebensräume in der Eignungszone als naturschutzfachlich und ökologisch besonders wertvoll. Die landeseigene BOKU-Studie von 2025 weist in diesem Bereich die höchste Eignungsstufe für das Auerhuhn aus; zudem wird eine Brückenkopffunktion zur Vernetzung der Populationen hervorgehoben. Darüber hinaus liegt eine enge Verzahnung von naturnahen Wäldern, extensiven Weiden, Einzelbäumen mit Baumhöhlen, Quellmooren, Rinnsalen und Nassstellen vor. Daraus ergibt sich eine hohe Habitateignung für geschützte Pflanzen, spezialisierte Insekten, Fledermäuse sowie für Vogelarten, die auf diese Insekten angewiesen sind.

Bei Lokalaugenscheinen im April und Mai 2026 wurden mehrere sensible Arten und Hinweise auf deren Fortpflanzung im Gebiet der Eignungszone dokumentiert, darunter Haselhuhn, Waldschnepfe, Weißrückenspecht und Uhu. Insgesamt nennt das Gutachten für die geplante Eignungszone 10 Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie als Brutvögel: Wespenbussard, Haselhuhn, Auerhuhn, Uhu, Sperlingskauz, Raufußkauz, Grauspecht, Schwarzspecht, Dreizehenspecht und Heidelerche. Für Schwarzstorch, Steinadler und Wanderfalke wird eine Präsenz mit möglicher Brut erwähnt.

Rechtliche Argumentation

Ein wesentlicher Teil des Gutachtens stützt sich auf mehrere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zum Vogelschutz, zur IBA-Relevanz, zur Schutzgebietsausweisung und zu Windkraftprojekten. Zusammengefasst ergibt sich daraus, dass ornithologisch nachweislich hochwertige Gebiete auch ohne formale Ausweisung wie ein Vogelschutzgebiet gemäß VS-Richtlinie (SPA) zu behandeln sind (faktisches Vogelschutzgebiet).

Sozioökonomischer und prozessualer Aspekt

Neben Naturschutz und Recht argumentiert das Gutachten auch mit Koexistenz, Fairness und Verfahrensqualität. Es wird kritisiert, dass betroffene Bürger, Grundeigentümer und Anrainer erst spät von den Planungen erfahren hätten, während das Land und potenzielle Projektwerber bereits seit Jahren an konkreten Vorarbeiten arbeiteten. Das führt unweigerlich zu einer Konfliktverschärfung.

Außerdem beschreibt das Gutachten das Gebiet als wichtigen Raum für sanften Tourismus und naturbezogene Erholung. Die ruhige, landschaftlich hochwertige Lage ohne größere technische Vorbelastung wird von Erholungssuchenden stark geschätzt; ein Windpark ist damit unvereinbar.

Standortwahl

Besonders betont wird, dass eine strategische Standortwahl für Windkraftanlagen die wirksamste Form der Konfliktvermeidung ist. Das Gutachten verweist dazu auf eine Studie von 2026 zu Minderungsmaßnahmen bei Windkraftanlagen und stellt fest, dass die Standortwahl vor Baubeginn die Grundlage aller weiteren Minderungsmaßnahmen bildet und sensible Gebiete, Migrationskorridore und Brutgebiete möglichst zu meiden sind.

Schlussfolgerungen und Forderungen des Gutachtens

In der integrativen Beurteilung wird festgehalten, dass die Eignungszone Steineck-Kammern in mehrfacher Hinsicht konfliktträchtig ist: wegen der Biodiversität und der Habitate, der Gefährdung des Naturschutzgebiets XXI, der Zugvogelroute, des Korridors für terrestrische Wirbeltiere, der Unvereinbarkeit mit sanftem Tourismus, der mangelnden Konfliktvermeidung sowie der Lage im IBA und KBA.

Nach dem Anspruch des Landes Steiermark, Konflikte durch eine Zonierung zu vermeiden, ist das Gebiet kein geeigneter Standort für eine Windkraft-Eignungszone. Die Gebietsausweisung würde vielmehr einen bereits erkennbaren Konfliktraum verfestigen, statt ihn zu vermeiden. Damit entstünden sowohl naturschutzfachliche als auch rechtliche und gesellschaftspolitische Risiken, die unter anderem Genehmigungsverfahren verzögern oder infrage stellen können.

Einwende

Als konkrete Vorschläge zum Verordnungsentwurf nennt das Gutachten:

- (1) die Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern sowie
- (2) eine Erweiterung der Ausschlusszone auf die Fläche des IBA in den Gemeinden Kammern im Liesingtal, Traboch, St. Michael in der Obersteiermark, St. Stefan ob Leoben und Kraubath,
- (3) in eventu Erweiterung der Ausschlusszone auf einen 1-km-Puffer rund um das bestehende Europaschutzgebiet 38 (Niedere Tauern).

Policy Brief

Titel

Windenergie und Naturschutz in Steineck-Kammern: Warum die geplante Eignungszone aus naturschutzfachlicher und raumordnerischer Sicht gestrichen werden sollte

Problem

Die Steiermärkische Landesregierung hat im Entwurf zum Entwicklungsprogramm Windenergie 2026 die Eignungszone Steineck-Kammern vorgesehen. Laut Gutachten liegt dieser Standort jedoch in einem ökologisch hochsensiblen Raum, der sich durch besondere Bedeutung für Vogelarten, Biodiversität, Lebensraumvernetzung und Erholung auszeichnet. Das Instrument der Zonierung verfehlt hier, nach Einschätzung des Gutachtens, gerade sein Ziel, nämlich **Konflikte zu vermeiden**.

Warum der Standort kritisch ist

Im Gebiet wurden zahlreiche sensible Arten und wertvolle Lebensräume festgestellt. Hervorgehoben werden insbesondere die hohe Habitateignung für das Auerhuhn, Nachweise mehrerer Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie sowie Hinweise auf Brut- und Aufzuchträume. Das Gutachten sieht gerade darin einen starken Hinweis darauf, dass die Fläche nicht als positiver Windenergiestandort gesichert, sondern planerisch geschont werden sollte.

Die geplante Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area und einer Key Biodiversity Area. Gleichzeitig befindet sie sich in unmittelbarer funktionaler Nähe eines landesrechtlich ausgewiesenen Naturschutzgebiets und im Wirkraum eines überregional bedeutsamen Vogelzugkorridors sowie eines Korridors für terrestrische Wirbeltiere. Diese Kombination macht den Standort aus Sicht des Gutachtens besonders konfliktträchtig.

Rechtlich-politische Relevanz

Das Gutachten leitet aus mehreren EuGH-Urteilen ab, dass ornithologisch hochwertige Gebiete auch dann ernsthaft zu berücksichtigen sind, wenn sie nicht vollständig und formell als Schutzgebiet ausgewiesen sind. Zudem könne eine spätere UVP oder Projektgenehmigung die vorgelagerte Pflicht zu einer fachlich tragfähigen und konfliktvermeidenden Standortwahl nicht ersetzen. Die politische Kernbotschaft lautet daher: **Naturschutzkonflikte müssen auf der Ebene der strategischen Raumplanung gelöst werden, nicht erst im Einzelverfahren.**

Bewertung

Nach der Logik des Gutachtens ist Steineck-Kammern kein geeigneter Standort für eine Windkraft-Eignungszone. Die Gebietsausweisung würde vielmehr einen bereits erkennbaren Konfliktraum verfestigen, statt ihn zu vermeiden. Damit entstünden sowohl naturschutzfachliche als auch rechtliche und gesellschaftspolitische Risiken.

Empfohlene politische Maßnahmen

1. **Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern aus dem Verordnungsentwurf.**
2. **Ausweisung einer weiter gefassten Ausschlusszone**
3. **Stärkere Berücksichtigung von Ausschlusskriterien bereits auf der strategischen Planungsebene**, insbesondere Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, Artenvorkommen, Biodiversitätswert und Lebensraumvernetzung.
4. **Frühzeitige, faire Einbindung betroffener Grundeigentümer, Anrainer und lokaler Akteure**, um Konflikte nicht erst im fortgeschrittenen Planungsstadium eskalieren zu lassen.

Graz, am 2. Juni 2026



Dr. Andreas Kranz